

# Die Schweizer und ihre Freunde

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **30 (1931)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Mittel und Wege zur helvetischen Revolution.

Von

Gustav Steiner.

## 1. Die Schweizer und ihre Freunde.

Die bewaffnete Intervention Frankreichs in der Eidgenossenschaft erscheint auch in den Augen desjenigen, der sich nicht als Schweizer in seinen Empfindungen getroffen fühlt, als die schlimmste Gewalttat, welche das Direktorium an einem unabhängigen Volke verübt hat<sup>1)</sup>. Man kann sich freilich der Einsicht nicht verschließen, daß die aristokratischen Regierungen, welche sich bis zum letzten Augenblick an ihre Privilegien festklammerten, in Kurzsichtigkeit und Eigennutz sich mitschuldig gemacht haben, und mit der bitteren Selbstkritik Andreas Heuslers ist alles gesagt, daß nämlich „die miserable Haltung der Kantone“ den Zusammenbruch der Eidgenossenschaft schon lange vorbereitet und schließlich herbeigeführt habe<sup>2)</sup>. Man möchte den dreizehn Orten ein rühmlicheres Ende gewünscht haben statt dieses Ausganges,

<sup>1)</sup> Die vorliegende Darstellung gründet sich fast ausschließlich auf ungedrucktes und gedrucktes Archivmaterial: Kantonale Archive, Archives des Aff. étrangères und Archives Nationales in Paris, insbesondere die Korrespondenz des Peter Ochs im Familienarchiv His, deren Edition fortgesetzt wird. Die im folgenden zitierten Briefe von und an Ochs werden im zweiten Band der Korrespondenz des Peter Ochs, hrg. von Gustav Steiner, erscheinen. Ich begnüge mich deshalb mit der Angabe des Datums. — Die Aktensammlung aus der Zeit der helvetischen Republik 1798—1803, bearbeitet von Johannes Strickler, ist nicht nur durch die Fülle des Materials hervorragend, sondern auch durch den kritischen Verstand des Herausgebers. Im übrigen sei für die gedruckten Quellen auf Barth, Bibliographie der Schweizergesch. I, 214 ff. und 242 ff. verwiesen. Ebenso auf die fortlaufenden Ergänzungen. — Unter den Darstellungen verdient diejenige von Hermann Büchi, Vorgeschichte der helvetischen Revolution mit besonderer Berücksichtigung des Kantons Solothurn, zwei Teile, 1925 f., besondere Hervorhebung. — Die französisch-schweizerischen Beziehungen erfahren eine sachliche Bewertung bei R. Guyot, Le Directoire et la paix de l'Europe, Paris 1911.

<sup>2)</sup> Andreas Heusler, Schweizerische Verfassungsgeschichte, S. 312.

der mit der nichtssagenden und nur mit kläglichen Kompromissen erreichten Bundeserneuerung auf der letzten Tagsetzung zu Aarau zu verstehen gibt, wie man zu Äußerlichkeiten seine Zuflucht nahm und wie man sich in Klügeleien und Redensarten erschöpfte, statt sich durch ein Entweder-Oder mit der Wirklichkeit abzufinden.

Denn in eigentümlicher Mischung begegnen uns die Einsicht in die Gefahr eines Aufstandes der Untertanen und einer französischen Einmischung, und eine mehr oder weniger echte Vertrauensseligkeit, daß die französische Regierung es so schlimm nicht meine. Dazu die Hilflosigkeit, die sich einstellt, wenn eine politische Maxime, die sich neunundneunzigmal bewährt hat, versagt. Mit dem beliebten Erdauern und Hinauszögern dessen, was doch einmal geschehen mußte, war man in eine Wirrnis geraten. Unter dem Druck, der von den Untertanen, den Patrioten in den Städten, vom Direktorium und seinen Agenten ausgeübt wurde, ging eine einheitliche und selbständige Richtlinie völlig verloren. Man beherrschte nicht mehr die Lage, sondern wurde beherrscht. Das Gefühl der Selbständigkeit äußerte sich nicht in einem aktiven Willen, sondern in passiver Resistenz und in der Dosierung der Nachgiebigkeit. Aus Schwäche gab man sich den Anschein des Starken. Gerade jetzt wollte man von den Untertanen sich keine Zugeständnisse abtrotzen lassen.

Der Zusammenhang war sowohl innerhalb der einzelnen Regierungen als auch innerhalb der Eidgenossenschaft gelöst. Es war z. B. unmöglich, den innern Orten begreiflich zu machen, daß es sich um eine wirkliche Krisis handle. Man wollte nicht begreifen, daß die bisher befreundete französische Republik, den bisherigen Zusicherungen entgegen, „so einersmal sich ändern und gegen uns feindlich handeln werde“<sup>3)</sup>. Die Mahnungen, die Bern in der Not an die eidgenössischen Stände zur Bereithaltung der Kontingente ergehen ließ, wurden durch das Wort und nicht durch die Tat erwidert.

Die Furcht, durch festes Auftreten die Gefahr zu vergrößern, lähmte den Widerstand. Rüstungen konnten von

<sup>3)</sup> Gustav Steiner, Der Untergang der alten Eidgenossenschaft. Schweizer Kriegsgesch. VII, 107.

Frankreich als Herausforderung gedeutet werden. Zudem war man der eigenen Untertanen nicht mehr sicher.

Verhängnisvoll war, daß in den Parteien Unsicherheit um sich griff. Man tappte im Dunkel, sah den Ausgang nicht. So hätte der Zürcher Hirzel nicht ungern den Schwertschwung gegen Frankreich gewagt, um Österreich den Vorwand für einen bewaffneten Eingriff zu nehmen. Umgekehrt hoffte Steiger bis in die letzte Stunde auf kaiserliche Hilfe. Dann entbrannte der Bürgerkrieg, wurde die Schweiz von Anfang an zum Schauplatz, auf dem die beiden Rivalen Frankreich und Österreich ihren Kampf ausfochten. Aber auch diejenigen, die von der Notwendigkeit rascher Reformen überzeugt waren, fanden keine Lösung. Der Widerstand der Regierungen schien unüberwindlich. Mahnungen, die um die Mitte des Dezembermonats immer dringender wurden, versteiften nur den Egoismus der herrschenden Klasse. So lehnte Gruber die Rechtsgleichheit ab mit dem zügigen Wort: „Ce serait se pendre soi-même pour ne pas être pendu.“

Blieb ein Machtwort Frankreichs. Dieser Gedanke setzte sich nicht nur bei Peter Ochs, sondern auch bei Männern wie Johannes von Müller, Meyer von Schauensee, Usteri, Fellenberg usw. durch, während Ebel von Paris aus die ganze Gefahr einer solchen Anrufung erkannte und die Schweizer Freunde zu selbständigem, unabhängigem Handeln aufforderte. Aus der ihm eigenen Einsicht in die französischen Verhältnisse schöpfte er das tiefe Mißtrauen gegen Direktorium und Generäle. Er sah die Invasion und die Ausplünderung der Schweiz voraus, wenn man den Franzosen den Vorwand zum Eingreifen gab. Diesen Vorwand konnte man ausschalten, indem die Schweiz sich selber, durch einen Volksaufstand oder „von oben herab“, regenerierte. Die Patrioten in der Schweiz hingegen sahen kein anderes Mittel, die Regierungen zur Systemänderung zu zwingen, als durch einen Druck, der vom Direktorium ausgeübt werde. Dies Mittel schreckte sie freilich selbst. Da erwarteten sie die Lösung von Ochs. In ihren Augen war er der rettende Führer. Dafür trauten ihm die Aristokraten nur Schlimmes zu. Dem Revolutionär Ochs setzten die Berner eine konservative Gesandtschaft entgegen, und zu derselben Zeit, da er von Paris aus, begünstigt durch das

Direktorium, die Verfassungsänderung anbahnte, gab sich die Berner Gesandtschaft auf dem Kongreß zu Rastatt alle Mühe, unter der Protektion des Kaisers die bisherigen Verfassungen und damit die Herrschaft der Aristokratie garantieren zu lassen. Während der Volkstribun eine französische Intervention erreichte, die über seine ursprünglichen Absichten weit hinaus griff, ließ das Haupt der Aristokratenpartei, Schultheiß Steiger, ohne Erfolg durch Johannes von Müller dem österreichischen Kabinett sagen, daß Bern nichts übrig bleibe, als unter den Trümmern begraben zu werden, wenn der Kaiser die Schweizer im Stich lasse<sup>4)</sup>. — Diese einander entgegengesetzten Anstrengungen der Reformen und der Oligarchen sind noch im einzelnen zu verfolgen.

Die militärische Rüstung war trotz der seit Jahren dauernden Gefahr in den meisten Kantonen ungenügend, und sogar exponierte Patrizierkantone wie Solothurn waren von Anfang an unfähig, einem Einbruch erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen. Die geradezu provozierende Haltung Frankreich gegenüber, die Begünstigung der Emigranten und der Contrevolution standen in einem bösen Mißverhältnis zu den Machtmitteln.

Die Beantwortung der Frage, ob die Eidgenossenschaft bei einheitlichem Handeln stark genug gewesen wäre, den Angriff abzuschlagen und damit die Unabhängigkeit zu retten, wird stark von nationaler Empfindung beeinflußt oder von zahlreichen, an sich zwecklosen Voraussetzungen abhängig gemacht, die nun einmal nicht vorhanden waren und deren Fehlen eben die Schwäche der damaligen Schweiz ausmachte.

Obschon seit 1792 eine wirkliche Kriegsgefahr bestand, waren die wenigsten Kantone auf einen feindlichen Angriff vorbereitet. Nicht einmal die am meisten gefährdeten Grenzkantone wie Solothurn und Freiburg, die offenkundig im Gefolge Berns für die Gegenrevolution Partei nahmen und in fortdauernde Konflikte mit Frankreich gerieten, waren imstande, einem ersten Stoß der feindseligen Macht erfolgreich Widerstand zu leisten. Sie setzten ihre Hoffnung auf ihren stärksten eidgenössischen Bundesgenossen und auf die gesamte Schweiz, immer in der bald größeren, bald geringeren

<sup>4)</sup> Henking, Johannes von Müller II. 435.

Erwartung, daß durch günstige Wendung die Gefahr für die Fortdauer der Eidgenossenschaft schwinden werde<sup>5)</sup>. ✓

Die Respektlosigkeit, mit der Bonaparte als General auf dem italienischen Kriegsschauplatz seine Drohungen gegen die Patrizierkantone schleuderte, wirkte geradezu katastrophal. Der von ihm begünstigte Abfall des Veltlin ließ Schlimmes erwarten. Man wußte, daß die Waadt „mit politischer Elektrizität“ geladen war. Aber auch in der ganzen Nordostschweiz machte sich der gefährliche Geist der Unzufriedenheit fühlbar. Die Neuerer, die Freunde der demokratischen Grundsätze, regten sich, so daß sich die Regierungsmänner entscheiden mußten, ob sie durch Entgegenkommen die Unruhen dämpfen, oder ob sie die revolutionären Regungen gewaltsam unterdrücken sollten. Die Neutralitätspartei bekam je länger umso mehr einen schweren Stand. Seit dem 18. fructidor war eine Politik unhaltbar, die, vom Verständigungswillen geleitet, bald zur Nachgiebigkeit und bald zur Selbstbehauptung aufforderte. Eine Politik, die zudem durch die Kreise Steigers beständig gestört wurde. Wenn man Ende 1797 davon überzeugt war, daß Frankreich sich an den Patriziaten rächen wolle, dann mußte man durch Demokratisierung in letzter Stunde zuvorkommen oder die Reihen zu geeintem Widerstande schließen.

Die von Frisching geleitete Partei brachte es nicht fertig, aus den Ereignissen diese Konsequenz zu ziehen. Möglicherweise wurde damit gerechnet, daß der Krieg zwischen Frankreich und Österreich doch wieder ausbreche und der Schweiz eine neue Atempause geschenkt werde.

Immerhin gab es, über die Eidgenossenschaft hin zerstreut, eine ganze Anzahl von aufgeklärten Männern, die davon überzeugt waren, daß die Schweiz vor dem Verlust ihrer Existenz durch eigene Regeneration gerettet werden könne, und die auch den Willen dazu besaßen, die Beseitigung des Privilegienstaates durch die repräsentative Demokratie in die

---

<sup>5)</sup> Vgl. Büchi I, 490 ff., II, 193 f. Namentlich I, 522. Wer sich immer nach Paris begab und Einblick in die Politik gewann, mußte mit Ebel darin übereinstimmen, daß die gegen Frankreich gerichtete Politik der Steigerpartei sehr genau bekannt war. Deshalb auch weigerte sich Ochs, für die Berner einzutreten. 3 nivôse an 11, Ochs an Bgm. Burckhardt.

Wege zu leiten. Sie vereinigten ihren Glauben an die Grundsätze der Menschenrechte mit dem heiligen Ernst, Schweizer zu sein und Schweizer zu bleiben. Aber sie besaßen nicht die Mittel, die Regierungen zur Umschaffung der einzelnen Kantone zu zwingen. In gutem Glauben an die Kraft ihrer Ideale und an eine Regierung, die diese Ideale als Richtlinien ihrer Politik deklamierte, richteten sie ihren hilfeschreitenden Blick auf Frankreich, immer fest entschlossen, die Regeneration selber durchzuführen und damit geradezu dem fränkischen Nachbar die Veranlassung zur bewaffneten Invasion zu nehmen. Die Mission des Oberstzunftmeisters Ochs nach Paris bestärkte sie in der Auffassung, daß dort die Frage von Sein und Nichtsein entschieden werde, und daß die letzte Stunde gekommen sei, die Schweiz zu retten.

\* \* \*

Die Unsicherheit der Patrioten ist fühlbar. Sie gerieten in den unheilvollen Widerspruch, selbständig handeln zu wollen und doch den Schutz Frankreichs wenigstens für ihre Person in Anspruch zu nehmen.

So wünschte *Johannes von Müller*, dessen Name eine umstrittene, aber unter allen Umständen starke Wirkung ausübte, daß die Schweizer ganz aus eigener Hand handeln möchten. Zudem ohne Erschütterung des Staatswesens. Aber auch er gewann die Überzeugung aus dem Egoismus der Oligarchen, daß das Direktorium ein entscheidendes Wort sprechen müsse, wenn die „Umschaffung“ gelingen solle. Mitte Oktober 1797 schrieb er an seinen Zürcher Vertrauten Faesi, er wünsche ebenso wie sein Freund die Reform vieler Dinge, aber nur durch die Kraft der Wahrheit und die Gewalt der öffentlichen Meinung, nicht durch Stürme und ohne fremde Einwirkung, nur durch Schweizer. Er fürchtete die „Revolutionchen“, die nur damit endigen könnten, daß „wir samt und sonders Bettler sind oder von einem Größern verschlungen werden“<sup>6)</sup>.

Die Freundschaft mit dem Zürcher Professor Johann Kaspar Faesi wurde während Müllers Schweizerreise ge-

<sup>6)</sup> Vgl. die reich dokumentierte Biographie: Karl Henking, Johannes von Müller. Reise in die Schweiz: II, 421 ff.

schlossen, eine noch junge, aber durch den Gedankenaustausch außerordentlich bedeutsame Verbindung.

Für diese Schweizerreise erhielt der kaiserliche Hofrat Urlaub, damit er mit einem auf die Interessen des kaiserlichen Dienstes „unverrückt verwendeten Blick“ die Kantone erforschen könne. Ende Juli traf er in Schaffhausen ein. Von hier aus begab er sich kreuz und quer durch das Land, und er hielt sich da auf, wo er mit leitenden Persönlichkeiten zusammentraf. Dreimal kam er nach Basel. Die französische Ambassade übte eine besondere Anziehungskraft aus. Anfänglich mied er den Oberstzunftmeister Ochs. In seinem innern Widerstreit bewunderte er während eines längern Aufenthaltes in Bern den Schultheißen Steiger. Der mächtige Eindruck wirkte nach, als er am 10. November wieder in Basel zurück war. Jedenfalls bleibt es auffällig, daß er nicht nur den vorsichtigen, den neuen Ideen aber zugänglichen Bürgermeister Burckhardt aufsuchte, sondern Ochs wieder aus dem Wege ging und sich dafür mit dessen Gegner, dem Oberstzunftmeister Merian unterhielt. Andreas Merian suchte in der Nacht, ganz allein und zu Fuß und ohne die obligate Laterne den Hofrat auf. Dieser war in den Drei Königen abgestiegen. Dort hatte er mit dem General Dufour, der in Hünningen kommandierte, ein Gespräch über das Schicksal des Münstertales. Soviel erfahren wir aus dem Ochsischen Tagebuch <sup>7)</sup>.

Nachdem Müller sich wieder einige Tage in Schaffhausen aufgehalten hatte, traf er zum drittenmal in Basel ein. Diesmal zu ausgiebigeren Unterredungen. Diese Zeit, vom 27. November <sup>8)</sup> bis Mitte Dezember, wurde für ihn geradezu schicksalhaft durch die enge Verbindung mit den französischen Agenten und durch den „fatalen“ Brief, in dem er dem Freunde Faesi das Bekenntnis nicht nur zu den französischen Gedanken, sondern zu den französischen Staatsmännern aussprach. Ein Bekenntnis, das er in erster Begeisterung sogar der Öffentlichkeit preisgab <sup>9)</sup>. Diesmal versäumte er es nicht,

<sup>7)</sup> Familienarchiv His, Basel.

<sup>8)</sup> Tagebuch Ochs nennt den 28. November. Ebenso Ochs, Basl. Gesch. VIII, 243. — Henking II, 424, dagegen den 27. November.

<sup>9)</sup> Vgl. F. Burckhardt, Die schweizerische Emigration 1798—1801. S. 63. Über den fatalen Brief vom 13. Dezember 1797, Müller an Faesi:



die Freundschaft mit Ochs zu erneuern. Am gleichen Tag, an dem Müller in Basel eintraf, beriet der Geheime Rat über die Absendung des Oberstzunftmeisters nach Paris. Ochs war im Begriff, eine Mission, die aller Augen auf ihn richtete, zu übernehmen. Er trat in den Mittelpunkt schweizerischer Politik. Am 29. empfing er noch verschiedene Besuche. Am 30. November 1797 verließ er die Vaterstadt. Zu den Besuchern vom 29. November gehörte auch der Jugendfreund Johannes Müller, den Ochs einst für die Gedanken der Freiheit gewonnen und wieder verloren hatte.

Ochs erwähnt die Begegnung ausdrücklich in der Basler Geschichte. Mit verständlicher Absicht. Denn was an ihm nachträglich getadelt wurde, das hatte man einem Müller längst verziehen, wie man einem irregeleiteten Kind zu verzeihen geneigt ist.

An diesem 29. November, an dem die beiden einst so innig verbundenen Freunde sich wieder ins Auge sahen, sprach Müller „mit seinem angewohnten Tone der Freundschaft und mit fröhlicher Lebhaftigkeit. Er bekannte, daß er auf seinen verschiedenen jüngsten Reisen in den Kantonen sich überzeugt hätte, wie sehr das Volk zu einer Revolution reif sei. Er tadelte das Verfahren der meisten Regierungen und besonders dasjenige der Berner wider Laharpe und dessen Verwandte“<sup>10)</sup>. Ochs freute sich über diese Übereinstimmung in der Gesinnung. Vielleicht war es sein Werk, die Verbindung des kaiserlichen Hofrates mit dem ungleichen Kollegen, dem französischen Geschäftsträger Bacher, herzustellen. Dieser führte, als Ochs bereits in Paris war, den Gast zu dem französischen Spezialisten in Revolutionssachen, zu Mengaud<sup>11)</sup>. Hier vollzog sich die völlige Abwendung Müllers von den Steigerschen Absichten und Grundsätzen.

Haug, Briefwechsel der Brüder J. G. Müller und Joh. v. Müller. Der Brief wiederholt gedruckt; eine Abschrift der Zeit im Familienarchiv His, also aus dem Besitz von Ochs, der ihn für die Basl. Gesch. verwertet hat: VIII, 244 f. — Die für diese Zeitspanne wichtigsten Briefe Müllers sind bereits zusammengestellt: Joh. Strickler, Die alte Schweiz und die helv. Revolution, S. 126 ff.

<sup>10)</sup> Ochs, Basl. Gesch. VIII, 243.

<sup>11)</sup> Basel, 6. Dezember 1797. Bacher an Ochs. Müller „convient qu'on commence à être mûr surtout dans les gouvernements oligarchiques“, so daß die Regenten von der Revolution überholt werden, wenn sie ihr nicht zuvor kommen. Korresp. Ochs

Nicht ohne Vorbereitung und nicht ohne innerliche Auseinandersetzung. Aber es fielen jetzt auch die Vorbehalte weg, mit denen er seine Reformideen umgeben hatte. Nur der eine Grundsatz war fest und selbstverständlich: Schweizer sein und Schweizer bleiben.

Schon am 6. November hatte er an Faesi geschrieben: „Geschieht nicht dies oder das, wird nicht wirkliche Freiheit und Gleichheit mit Beibehaltung ordentlicher Verfassungsreformen in der Schweiz sorgfältig verbunden, wird nicht eine neue, engere Vereinigung zwischen Bürgern und Landleuten, Hohen und Niedern, und den Orten selbst mit solchem Eclat begründet, der den Fremden imponiere, so sind wir verloren, und zwar schneller, als wir vorsehen<sup>12)</sup>.“ Das war noch reichlich verschwommen und je nach Wunsch zu deuten. Aber seit dem Zusammentreffen mit Ochs schien es, als ob er ganz in den Bann dieses Mannes geraten wäre und nicht eifrig und überzeugend genug seine Bekehrung zum „Jakobiner“ vollziehen könne<sup>13)</sup>. Seine Gutachten und Denkschriften verblaßten vor der Realität, und zwar vor einer Entwicklung, für die er plötzlich eine feine Witterung besaß. Er vergaß zeitweise, daß er immer noch in kaiserlichen Diensten stand und sein Augenmerk auf kaiserliches Interesse zu richten hatte.

Er war Einflüssen leicht zugänglich, und er gehörte nicht zu denen, die dem gewinnenden Wesen eines Ochs, das zugleich mit der Wichtigkeit einer politischen Person von Bedeutung verbunden war, sich entziehen konnte. Mit seiner Stellung in Wien war er nicht zufrieden. Hier nun schien sich ihm eine neue, große und ehrenvolle Aufgabe zu bieten. Er bedachte nicht, daß das Wiener Kabinett und die Schweizer Aristokraten sich an seine französischen Sympathiekundgebungen erst gewöhnen müßten. Er versicherte zwar am 2. Dezember, also nach der Abreise des Oberstzunftmeisters, den Minister Thugut, er könne sich auf die Wünsche seiner Freunde nicht einlassen, bevor er über die Absichten seines Hofes, dem gegenüber er in erster Linie verpflichtet sei, auf-

<sup>12)</sup> Henking, a. a. O. II, 429.

<sup>13)</sup> Mit Befriedigung druckte Ochs ein Bruchstück des Müllerschen Briefes an Faesi vom 10. Dezember ab: Basl. Gesch. VIII, 246.

geklärt sei. Bereits aber deutete er diese Wünsche an: Die Eidgenossenschaft müsse gründliche Umgestaltungen vornehmen, wenn sie sich erhalten wolle<sup>14)</sup>.

Es hat nichts Überraschendes, wenn sich jetzt bei Müller klar und deutlich das Postulat abzeichnet, auf dessen Verwirklichung es Ochs in erster Linie abgesehen hatte: die praktische Auswirkung der Gleichheit durch Beseitigung der Untertänigkeit. „Die Gleichheit zwischen den Städten und dem Land“ bezeichnet Müller als seine unumstößliche Erkenntnis. Als Gebot der Vernunft.

Unter seinem Einfluß verlangte Johann Konrad Faesi<sup>15)</sup> (10. Dezember) in einem Zunftvortrag, die Zürcher Gesandtschaft für die außerordentliche Tagsatzung sei dahin zu instruieren, daß eine engere Organisation von Orten und Zugewandten bewerkstelligt werde. Den Gemeinen Herrschaften seien Verfassungen zu erteilen, und für jeden Bundesbeschluß sei die Landschaft um ihre Meinung zu befragen. — Müller selber ging bereits weiter. Er geriet, das ist ganz unverkennbar, in den Bezirk der Wünsche und Forderungen, deren Erfüllung Ochs für die Regeneration der Eidgenossenschaft für unumgänglich hielt. Er, der für ideale Vorstellungen sowohl als auch für persönliche Auszeichnungen sehr empfänglich war, sah sich in Basel in einen Kreis gestellt, der diesem Doppelwunsch mehr als bereitwillig entgegenkam. Wenn er jetzt das, was er in den Patrizierkantonen gesehen und gehört hatte, mit den Absichten der Freiheitsfreunde verglich, dann kam er zu dem Ergebnis, daß die Zukunft nicht dem Egoismus der Aristokratien, sondern der neuen, auf die Menschenrechte gegründeten Staatsform gehöre. Er konnte hier anknüpfen an das Bild der von ihm in der Geschichte idealisierten schweizerischen Volksgemeinschaft. Als ob er Versäumtes nicht schnell genug nachholen könne, und um von seiner Gesinnung handgreifliches Zeugnis zu geben, entwarf er eine Verfassung. Diesen Plan legte er in die Hand Mengauds!

Die französischen Agenten, denen Ochs nach der Abreise den Freund Müller überließ, waren klug genug, jedes

<sup>14)</sup> Henking, a. a. O. II, 428.

<sup>15)</sup> Vgl. Histor.-biogr. Lexikon der Schweiz III, 102.

Mißtrauen zu verdrängen und den kaiserlichen Hofrat, dessen Ansehen in der Schweiz unschätzbar war, in ihr Lager zu ziehen. Daß ihn dafür Thugut die Unzufriedenheit spüren ließ, scheint mir selbstverständlich<sup>16)</sup>. Müller beklagte sich über diese Frostigkeit des Ministers. Sie habe ihn zu den Franzosen gedrängt. Ich denke, das Umgekehrte wird richtig sein. Der österreichischen Gesandtschaft in Basel konnte das Einvernehmen des Hofrates mit den Vertretern Frankreichs unmöglich entgehen. Dieser stand in eifrigen Besprechungen. Er schrieb wohl: „Es ist wider meine Grundsätze, in einem morschen Bau während einem Sturmwinde mit Fackeln herumzuspazieren.“ Er unterließ es also, durch eine Publikation „die gegenwärtige Schwäche“ der Eidgenossenschaft aller Welt preiszugeben. Für sich jedoch war er im klaren: der Bau war nichts anderes als morsch. Ein Umbau war unumgänglich. Das eröffnete er auch seinen neuen Franzosenfreunden: in allen schweizerischen Ständen habe er den Eindruck gewonnen, daß das Volk überall mehr oder weniger für die Freiheit reif sei, und er gebe seinen zahlreichen Freunden in den schweizerischen Regierungen den Rat, der Revolution zuvorzukommen, damit sie nicht davon überholt würden. Er habe sich vorgenommen, ein Werk zu verfassen, um die Notwendigkeit der Demokratisierung aller schweizerischen Regierungen darzutun. Eher werde er den österreichischen Dienst als dieses Vorhaben aufgeben: so versicherte er den französischen Agenten. Bacher meldete das alles dem französischen Direktorium. Er bezeichnete Müller als den geeignetsten Mann, seine Landsleute aufzuklären.

In diesem Zeitpunkt, da sich die Wege der beiden Jugendfreunde für kurze Zeit wieder treffen, ist die Tatsache eindrucksvoll, daß Müller auf demselben Punkt angekommen ist, auf dem Ochs stand. Ochs war nicht weiter gegangen, und Müller entfaltete sogar die stärkere Initiative. Unfehlbar mußte er, wenn er den Weg konsequent weiter verfolgte, von dem Appell an das Volk, den er erwog, bei dem Wunsche anlangen, daß Frankreich die Reformbestre-

---

<sup>16)</sup> Im Gegensatz zu Henking a. a. O. II, 437, der in der Zurückhaltung Thuguts etwas Verletzendes für Müller sieht. Die revolutionsfreundliche Schwelung Müllers ist wohl das Primäre, nicht die Unzufriedenheit Thuguts.

bungen unterstütze. Und er kam denn auch wirklich zu der Auffassung, die Ochs als Verbrechen angerechnet wurde, daß nämlich eine Intervention der fränkischen Regierung notwendig sei.

Die Stellungnahme Müllers, die einer Schwenkung gleichkam, vollzog sich so rasch und war für jeden, der sie nicht in ihrer Entwicklung beobachten konnte, so unglaublich, daß der französische Direktor Reubell der Wandlung keinen Glauben schenkte. Er warnte die Gesandtschaft vor dem Spion, der nur in die Geheimnisse der Patrioten eindringen wolle. Tatsächlich vereinigte Müller zu vieles in einer Person: er war kaiserlicher Rat auf Urlaub, zugleich Mitglied des Großen Rates von Schaffhausen, gerüchtweise Bewerber um den kaiserlichen Gesandtschaftsposten in der Schweiz und jetzt noch Berater der französischen Gesandtschaft, sozusagen Kandidat für die Publizistik im Interesse der französischen Propaganda. Müller rechnete ja auch damit, daß er seine Stellung in Wien nicht behalten könne. Die neuen Verbindungen, Bachers und Mengauds Empfehlungen ans Direktorium und die wiedergewonnene Freundschaft mit dem geradezu berühmten Oberstzunftmeister garantierten vollwertigen Ersatz. Er rühmte sich der „Offenheit“, die er bei den französischen Geschäftsträgern finde. Er selber kam ihnen mit Ungeduld und einem wahren Bekenntnishunger entgegen<sup>17)</sup>.

Während Reubell vor dem Wolf im Schafspelze warnte, vergaß Müller alle seine frühern Vorbehalte. Mit „der Kraft der Wahrheit allein“ und mit der „öffentlichen Meinung“ war nichts zu erreichen. Hatte er im Oktober von einer Reform gesprochen, die lediglich „ohne fremde Einwirkung, nur durch Schweizer“ vor sich gehen dürfe, so wurde ihm jetzt,

<sup>17)</sup> Die aufschlußreichen Akten in den Archives des aff. étr. Paris werden mit ihrem Datum angeführt von Büchi a. a. O. I, 538 Anm. 1. Peinlich berührt, angesichts der Unzuverlässigkeit Müllers, die an Bacher gerichtete Versicherung: „Le temps et les distances ne me changeront pas, ni aucune circonstance de la vie ne pourront influencer sur ma façon de penser actuelle.“ Diese Haltlosigkeit sticht auffällig ab von der Überzeugungstreue Ochs', dem an Enttäuschungen, auch an materieller Einbuße nichts erspart blieb, und der trotzdem an seinem ursprünglichen Bekenntnis zu den Menschenrechten festhielt.

im Dezember, die Anlehnung an Frankreich selbstverständlich. Seinem Bruder meldete er, er sei mit den Franzosen wohl zufrieden, und er hoffe, daß sie „für das Gute hierin selbst mitwirken werden“. Mitwirken! An Faesi aber richtete er einen Brief, — den „fatalen“ Brief vom 13. Dezember, der gedruckt und in Abschriften zirkulierte, und mit dem er unter den Altgesinnten einen Sturm der Entrüstung auslöste<sup>18)</sup>. In dieser Kundgebung mißbilligte er die Gesandtschaft nach Rastatt. Denn sie sei eine Gesandtschaft der Aristokratie; — darin war er eines Sinnes mit Ochs. Auch in den entscheidenden Sätzen: „Ich bin mit den Franzosen, seit ich sehe, was sie denn eigentlich wollen, nicht unzufrieden; vielmehr sehe ich, daß sehr vortreffliche Dinge sich machen, daß unsere Existenz sich selbst befestigen ließe.“ Er begehrte, wie Ochs, nun klar und einfach einen Bund der Eidgenossen mit gleichberechtigten Gliedern. Also keine Untertanenlande mehr.

So weit ging er bereits, daß er mit einer Drohung und einem unverkennbaren Blick auf Frankreich als Schutzmacht den Brief schloß: „Wenn die Herren ferners puissanceln, und sich gar nicht erinnern wollen, was die Schweiz, welches ihre Grundfeste, und was die einige uns geziemende Politik ist, so werde auch ich philippische Reden in die Welt senden, von deren Inhalt sie erzittern sollen, zumal da es Unterstützung finden wird.“

Dieser Brief wirkte als Kundgebung. Der Gedankenaustausch mit den französischen Agenten wurde zusehends intimer. Bacher konnte die guten Dienste, die ihm Müller durch seinen Verkehr mit schweizerischen Staatsmännern leistete, nur rühmen. Man glaubt in den Briefen des Oberstzunftmeisters Ochs zu lesen, wenn man den Müllerschen Gedanken folgt. Dieser überflügelte jetzt den Basler. Müller entwickelte in einem Briefe an Bacher Anschauungen, wie sie an Ochs aufs schärfste verurteilt worden sind.

Im Gegensatz zu Ochs wußte Müller im voraus, daß die Besetzung der jurassischen Täler durch die Franzosen

<sup>18)</sup> Ochs hat eine eigenhändige Kopie angefertigt; unter seinen Papieren befindet sich zudem eine Kopie von fremder Hand. — Eine Abschrift befindet sich auch im Nachlaß des damaligen Bürgermeisters Buxtorf: Staatsarchiv Basel, Privatarchiv 279.

unwiderruflich beschlossen sei, und er fand sich ohne Worte des Tadels damit ab<sup>19)</sup>. Ihm genügte die Versicherung, daß keine Aufteilung der Schweiz beabsichtigt sei. Wie Ochs mißbilligte er die kriegerischen Maßnahmen der Berner und Solothurner, mit denen gegen die Besetzung der Juratäler demonstriert werden sollte. Er erklärte diese Rüstungen nicht nur für nutzlos, sondern — wie Ochs in seinen Briefen nach Basel — für gefährlich, d. h. als Provokation. Was Ochs schwerlich gewagt hätte, das tat er, und mit dem guten Gewissen, das Beste zu fördern: er verteidigte diese seine Auffassung vor dem Geheimen Rat Schaffhausen und im Beisein der Tagsatzungsabgeordneten. Man gab ihm recht und anerkannte, daß zur Versöhnung der Schweiz mit Frankreich nur das größte Vertrauen führen könne. Er ging noch weiter. Er ließ die Notwendigkeit der Popularisierung der Verfassung „durchblicken“ und gab in dem an die französische Gesandtschaft gerichteten, also für das Direktorium bestimmten Brief der Überzeugung Ausdruck, daß die Wünsche der französischen Republik sich leicht durchführen ließen, ohne damit einen Umsturz hervorzurufen. Es ließen sich nach und nach in allen Kantonen demokratische Verfassungen einführen, nur unter dem allmächtigen Einfluß des Direktoriums.

So sind wir bei der Intervention angelangt. Der „allmächtige Einfluß des Direktoriums“ wurde, wenigstens vorbereitend, angerufen von demjenigen Eidgenossen, der sich nicht nur als unübertroffener Kenner des alten Bundes, sondern auch als Kenner der augenblicklichen Notwendigkeiten ausgab.

Sogar im Programm praktischer Durchführung, nämlich durch schrittweise Umschaffung, stimmen Ochs und Müller überein. Beide gehen davon aus, daß man Frankreich durch Selbstrevolution zuvorkommen müsse, daß das Volk mehr oder weniger für die Freiheit reif sei; sie erachteten den „Druck“ Frankreichs für notwendig, und sie wollten die Demokrati-

<sup>19)</sup> Ochs hat, gewiß nicht ohne Absichtlichkeit, auch diesen Passus in seine Darstellung aufgenommen: Basl. Gesch. VIII, 246. — Am 14. Dezember meldete Bacher dem Minister Talleyrand, er werde von Müller so vortrefflich sekundiert, daß sich die aristokratische Partei nicht mehr lange halten können. Vgl. Büchi I, 570 Anm. 1.

sierung *von Kanton zu Kanton* vorschreiten sehen. Die Verschiedenheit der Bünde sollte durch einen neuen Bund ersetzt werden unter Einbeziehung der bisherigen Zugewandten. Von den Regenten war freilich nichts zu erwarten. Hier mußte der französische Druck einsetzen.

Müller machte also denselben Gedankengang durch wie Ochs, aber mit einer fragwürdig aufflackernden Leidenschaftlichkeit und ohne dessen verstandesmäßige Konsequenz.

An seiner ungeteilten Vaterlandsliebe ist nicht zu zweifeln. Tritt sie auch deklamatorisch hervor: sie ist echtes Heimatgefühl.

In den Dezembertagen 1797 drängte er sich förmlich in die vorderste Reihe der Patrioten. Hielt er Verbindung mit dem Basler aufrecht? Ochs kannte den „fatalen Brief“ Müllers vom 13. Dezember an Faesi mit dem öffentlichen Bekenntnis zur französischen Politik. Er besaß eine Abschrift und verwendete das Schriftstück später für seine Basler Geschichte<sup>20)</sup>. Er kannte auch Müllers Brief vom 10. Dezember, in dem der Verfasser ausdrücklich seine Besprechungen mit Bacher und Mengaud erwähnte und die These aufstellte, daß die ganze Welt anders werde und auch die Schweiz ihre alten Formen nicht behalten könne. „Wenn man die Schweiz retten will, so müssen ganz andere Maßregeln genommen werden.“ Das ist genau der Inhalt der Briefe, die Ochs nach der Aussprache mit Bonaparte und Reubell, also fast auf denselben Tag wie Müller, nach Basel richtete: Wenn man die Oligarchien nicht retten kann, muß man die Schweiz retten<sup>21)</sup>. Und wie Müller der Meinung ist, daß unter dem Druck des Direktoriums die Umschaffung ohne Erschütterung vor sich gehen könne, so sagt Ochs am 12. Dezember zu Bonaparte: Die Protektion Frankreichs und die Anstrengungen der Patrioten können, wenn sie in Übereinstimmung

---

<sup>20)</sup> S. Anm. 18. — Abdruck bei Ochs VIII, 244 ff.

<sup>21)</sup> Paris, 12. Dezember 1797. Ochs an Bürgermeister P. Burckhardt: „Je prévois des changements“. — Ochs an P. Vischer, am 13. Dezember: „Je pressens de grands changements pour la Suisse“. — Er lädt ihn ein, im Großen Rat die Motion einzureichen für Beseitigung des „politischen Unterschieds zwischen Untertanen und regierenden Bürgern“. Korresp. Ochs. — Vgl. E. Schlumberger, Aus den Zeiten der Basler Revolution, S. 11.



erfolgen, die Revolution durchführen „sans grande secousse“<sup>22)</sup>).

Während sich die Potenzen in Paris um Ochs mühten, bewarb sich Müller von Basel aus um ihre Gunst. Er wünschte geradezu, durch die französischen Geschäftsträger dem Direktorium empfohlen zu werden. Nie werde die gute Meinung, die Bacher und das Direktorium auf ihn setzten, enttäuscht werden. Das Los, das ihm in Wien bevorstehe, sei unsicher. Diesmal hatten Bachers Schritte Erfolg: Müller sollte monatlich 600 Pfund erhalten, dafür aber in der Propaganda arbeiten und die republikanischen Prinzipien verbreiten. Das Angebot kam jedoch erst, als Müller die Schweiz verlassen hatte. Es blieb ihm erspart, auf eine „Bestechung“ einzugehen, die ihn nicht nur als Hofrat, sondern auch als Mitglied des Schaffhauser Rates in bedenkliche Konflikte gebracht hätte<sup>23)</sup>.

Wie es ihm auch erspart blieb, im Augenblick seiner stärksten Aufwallung nach Paris berufen zu werden. Es ist nicht schwer auszudenken, welche Haltung er am Kaminfeuer Reubells eingenommen hätte.

Nicht ohne Sorge reiste er nach Wien zurück. Thugut empfing ihn mit freundlicher Umarmung! Wenn der Minister es vorzog, dem Hofrat die Extratour zu verzeihen und ihn dafür der kaiserlichen Partei zu erhalten, dann erreichte er sein Ziel vollkommen. Als das französische Angebot eintraf, war Müller in den „guten“ Grundsätzen bereits wieder gefestigt. Mengaud wußte nicht, ob er an der Aufrichtigkeit zweifeln solle, oder ob der Eifer ganz einfach wieder erkaltet sei. Die Briefe der Franzosen blieben alle ohne Antwort. „Meine Seele komme nicht in ihren Rat“, meldete Johannes seinem Bruder Johann Georg Müller mit feierlichem Pathos. Von der Notwendigkeit der Umschaffung blieb er freilich überzeugt. Ebenso von dem egoistischen Widerstand der Privilegierten. Aber er hütete sich, aus dieser Erkenntnis die praktische Folgerung zu ziehen. Immerhin, schon die Feststellung allein enthielt im Grunde eine geheime Zustimmung zu den Bestrebungen der Reformer. Er mißbilligte die starre und

<sup>22)</sup> Ochs an Bonaparte, Korresp. Ochs. — Vgl. Hans Barth, Untersuchungen etc., im Jahrbuch für Schweiz. Gesch. XXVI, 145 ff. — Strickler, Aktensammlung I, 108 ff.

<sup>23)</sup> Henking, a. a. O. II, 440.

unversöhnliche Politik Steigers, denn aus der Offenheit der Franzosen in Basel hatte er erfahren, daß sich das Direktorium nicht ungestraft herausfordern lasse. Die Gewalthaber waren unverbesserlich. „Ungeachtet der dringendsten Vorstellungen teils der Repräsentanten von Zürich, Luzern etc., teils der Tagsatzung selbst, gütliche Wege einzuschlagen, wollen sie durchaus Gewalt brauchen.“ So klagte er über die Berner Ende Januar 1798<sup>24)</sup>. ✓

Die vorübergehende Bekehrung Müllers zu den französischen Grundsätzen machte auf Ochs Eindruck. Sie bestimmte zwar weder seinen Gedankengang noch seine Entschlüsse. Aber er fand doch eine Bestätigung, wie sie von demjenigen besonders hoch eingeschätzt wird, der seine Isolierung nur schwer erträgt. Und es wollte etwas bedeuten, daß der berühmte und auch durch seine Stellung angesehene Mann, der „Geschichtsschreiber der Eidgenossenschaft“, der sich so gerne als Eidgenosse schlechtweg wollte beurteilt wissen, von dem französischen Direktorium alles Gute erwartete. In den Augen von Ochs hatte Müller durch die Parteinahme für Österreich und für die aristokratischen Regierungen die Freiheit verraten. Jetzt war er erfreut über Müllers Bekenntnis zur französischen Revolution. Dabei vergaß Ochs, daß ein zweimaliges Renegatentum sehr leicht einen dritten Gesinnungswechsel nach sich zieht und keine Verlässlichkeit garantiert.

Müllers Briefe machten gewaltiges Aufsehen. Sofort wurden kleinliche Motive gegen ihn geltend gemacht, daß er sie aus Rachsucht und Ehrgeiz geschrieben, und daß er von den Franzosen Geld erhalten habe, wie auch Ochs bestochen worden sei<sup>25)</sup>. In Wahrheit ist in diesem Punkt Ochs durchaus sauber. Er stand nie den Franzosen geschäftlich so verdächtig nahe wie Johannes Müller. Aber die Beschuldigung ist symptomatisch. Wer eine politische Anschauung zu ver-

<sup>24)</sup> Haug, Briefwechsel der Brüder Müller I, 38.

<sup>25)</sup> Es ist eine weitere Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet Joh. Georg Müller in einem Brief an den Bruder Johannes diesen Verdacht ausspricht und unterstützt. Diese völlige Umkehr der Verhältnisse ist für den Historiker eine eindruckliche Warnung: man kann in der Benützung „zeitgenössischer“ Urteile nicht vorsichtig genug sein. Die bösertige Verdächtigung, daß Ochs bestochen worden, hat sich bis auf den Tag erhalten. Wenn irgend einer, so hat er das semper aliquid haeret an sich erfahren.

treten wagte, die derjenigen der herrschenden Klasse zuwider lief, mußte sich die schlimmsten Verdächtigungen gefallen lassen. An Peter Ochs sind über die Jahrzehnte hinaus diese Verdächtigungen hängen geblieben. Das Urteil seiner politischen Feinde hat auch weithin das Urteil der Nachwelt über ihn bestimmt. Der gründliche Kenner der Helvetik, Johannes Strickler, hat auf die Gewohnheit „der herrschgierigen Menschen“ aufmerksam gemacht, „Gegner ihrer Anmaßungen als unreif oder unsittlich zu taxieren oder gar als Verbrecher zu behandeln“<sup>26</sup>). Diesem Schicksal verfielen die von politischen und sozialen Idealen erfüllten Träger der neuen Gedanken. Umgekehrt haben die herrschenden Klassen, die ganz einfach ihren Machtbesitz verteidigten, stets Lobredner gefunden. Auf den tatsächlichen Egoismus der regierenden Geschlechter und bevorzugten Korporationen, der Städte gegenüber den Ländern usw. hat wieder Strickler den Finger gelegt, wie denn auch schon Johannes Müller in der Halsstarrigkeit der Oligarchen jene Selbstsucht erkannte, der das wirkliche Gemeinwohl nebensächlich sei, die aber ihren Dünkel und ihre Rücksichtslosigkeit mit Phrasen der Vaterlandsliebe verbräme. Es ist durchaus richtig, was Dändliker in seiner populär geschriebenen, aber wohlüberlegten Schweizergeschichte sagt: „Die Zeitverhältnisse fügten es so, daß jeder freier Denkende, wenn er am Regierungssystem nicht ein persönliches Interesse hatte, für Frankreich Sympathie empfand.“ Er findet es, aus den damaligen Zeitverhältnissen heraus beurteilt, nicht so außerordentlich, daß die Franzosen zur Unterstützung angerufen wurden. Denn das Überlebte sollte beseitigt und ersetzt werden „durch ein System der Rechtsgleichheit und Freiheit, ohne das die ganze neuere und gegenwärtige Schweiz nicht denkbar wäre“. — Man muß zugeben, daß hier Dändliker eine Konsequenz zieht, vor der mancher andere Historiker zurückschreckt. Es ist keine Frage: der Weg zur modernen Schweiz mußte über die Trümmer der alten Eidgenossenschaft führen<sup>27</sup>).

Ohne Erschütterung — wie Ochs, Müller und andere Freunde der Reform sich einbildeten — war der Umschwung

<sup>26</sup>) Joh. Strickler, Die helvet. Revolution, S. 145.

<sup>27</sup>) K. Dändliker, Gesch. der Schweiz III, 316 ff. (2. Aufl.).

gar nicht möglich. Denn die Erteilung der Rechtsgleichheit, die Aufhebung der Untertänigkeit und der Vorrechte schnitt so sehr ins private, ins öffentliche und wirtschaftliche Leben ein, daß der Widerstand der Aristokraten nichts Überraschendes an sich hat. In der Theorie bewunderte wohl auch ein Niklaus Friedrich von Mülinen, der spätere Schultheiß von Bern, die französische Nation, weil sie „den Mut und die Kraft gewonnen hat, die Ketten zu brechen, welche der Geist der Zeit vollständig unerträglich machen sollte“. Allerdings, so sagte er zu Müller, als Berner und Edelmann denke er anders. Er bezeuge keine Lust, die Regierung mit Repräsentanten der jetzigen Untertanen zu teilen.

Erst die Zertrümmerung der bestehenden Ordnung machte den Aufbau des modernen Staates möglich. Es gehört zu den Unbegreiflichkeiten, uneingeschränkt den Vorwurf zu erheben, von den Führern der Bewegung sei die Notwendigkeit einer historischen Entwicklung verkannt worden. Revolutionen verfahren immer unhistorisch. Sie sind das letzte Mittel und stehen außerhalb der Gesetzmäßigkeit. Es war niemand unter den Reformern, der den Glauben gehabt hätte, daß die herrschende Klasse freiwillig, ohne jeglichen Druck, ihrer Vorrechte sich begeben, daß die Volkssouveränität ohne Widerstand von den Großen Räten ausgesprochen und repräsentative Verfassungen eingerichtet würden. Müller und Ebel konnten es erleben, was für ein Wechselbalg die von ihnen geforderte Bundeserneuerung in Aarau wurde. Nichts von Vereinheitlichung innerhalb der bestehenden Bünde, keine Gleichstellung der Vogteien, der Untertanengebiete, sondern im Sinn und Geist des Stanserverkommnisses eine gegenseitige Garantie der herrschenden dreizehn Republiken und ihrer aristokratischen und oligarchischen Verfassungen.

Eine Möglichkeit, auf gesetzlichem Wege eine Systemänderung einzuleiten, gab es in den wenigsten Kantonen. Es ist eine banale Selbstverständlichkeit, daß eben das historisch Gewordene in seiner Starrheit das Hindernis war für eine den neuen Ideen entsprechende Entwicklung. Die schweizerische Geschichte mußte von vorn anfangen<sup>28)</sup>.

<sup>28)</sup> Muß daran erinnert werden, daß trotz der helvetischen Revolution die bevorzugte Kaste sich an die historischen Rechte festgeklammert und eine

Wer, wie Johannes von Müller, das Volk aushorchte und mit den regierenden Häuptern die Fragen diskutierte, oder wie Ochs in den Mechanismus des Staates hineinsah und das Beharrungsvermögen der Privilegierten kannte, der konnte sich nie und nimmer einbilden, daß die Grundsätze der Freiheit und Gleichheit von sich aus und durch ihren Eigenwert einen praktischen Einfluß auf die bestehende Verfassung ausüben würden. Das Wort des Oberstzunftmeisters Andreas Merian kennzeichnet das bis zur letzten Minute unerschütterliche Festhalten an einer Staats- und Gesellschaftsform, die dem Teilhaber eine ehrenvolle Stellung, einen schätzbaren Einfluß und ökonomische Vorteile sicherte. Merian votierte noch zuletzt gegen die Erteilung der Rechtsgleichheit an die Baselbieter Untertanen: man wolle es lieber „aufs Extremum ankommen lassen“.

Wer ernsthaft eine Änderung der Verfassung wollte, war auf die Unterstützung Frankreichs angewiesen. Sie brauchte nicht kriegerischer Natur zu sein. Weil sie es tatsächlich geworden, hat man sowohl den schweizerischen Patrioten insgesamt, als auch dem fränkischen Direktorium eine kriegerische Absicht zugeschrieben. Man hat die Begriffe Revolution und Invasion ohne Überlegung gleichwertig gebraucht, und weil die Intervention Frankreichs eine militärische geworden, ist in beinahe allen schweizergeschichtlichen Darstellungen die Voraussetzung enthalten, daß die französische Intervention von Anfang an und von allen Beteiligten als eine militärische beabsichtigt war. Von diesem Irrtum wird freilich derjenige sofort befreit, der ohne vorgefaßtes Urteil die politischen Aktenstücke der französischen Archive studiert.

Man würde Ochs nicht Glauben schenken, daß er Basel verlassen habe, ohne an eine militärische Aktion Frankreichs teilweise Herstellung erreicht, damit aber auch die „geschichtliche“ Entwicklung zum Bundesstaat verhindert hat? Ein zweiter Gewaltakt war notwendig: der Sonderbund und der Sonderbundskrieg stellten noch einmal die beiden Parteien einander gegenüber, bevor es gelang, mit dem Sieg der Waffen auch den Sieg des bundesstaatlichen Prinzips 1847 durchzusetzen. Im Jahre 1798 aber handelte es sich nicht nur um Föderalismus oder Zentralismus, sondern die ganze staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung, die als etwas durchaus rechtmäßiges galt und Ausdruck der herrschenden Klasse und des Bürgertums war, wurde zerbrochen.

zu denken. Aber man wird nicht im Ernste annehmen wollen, daß Johannes von Müller einen Einmarsch der Franzosen in die Schweiz beabsichtigt habe. Ochs behauptet nachträglich, daß er durch freiwillige Verfassungsänderung einer Gewalttätigkeit des Direktoriums habe zuvorkommen wollen. Das hat er wohl auch mit Müller besprochen. Auch dieser erwartete die Rettung der Existenz nur von sofortigen Zugeständnissen der bisherigen Regierungen. Als er selber sich von den Franzosen wieder zurückzog, rechtfertigte er noch seine Haltung: „Ich riet nachdrücklich, daß die Regierungen von selber tun möchten, wozu sonst unversehens eine fremde, höchst gefährliche Einwirkung sie nötigen wird.“ — Davon freilich ließ Müller nachträglich nichts verlauten, daß er den „allmächtigen Einfluß des Direktoriums“ geradezu anrief, wie auch Ochs auf einen „Wunsch“ Frankreichs geradezu hoffte. Der Gefahr, die allein schon in der Anrufung der fremden Macht liegt, war sich Müller nicht bewußt. Das aber mußte ihm mindestens klar sein, daß den Franzosen kein Name als zügigeres Propagandamittel dienen konnte als derjenige des Geschichtsschreibers und kaiserlichen Hofrates.

Es handelt sich nicht darum, zu entlasten oder zu verurteilen. Die Freunde Frankreichs glaubten an die schönen Deklamationen. Daß das Direktorium den ungerechtesten Krieg gegen die Eidgenossen führen werde: das lag außerhalb ihrer Gedankenwelt. Sie erwarteten vielmehr, daß die Patrioten in den Kantonen stark genug seien, um, geschützt und gestärkt durch das Machtwort der großen Republik, eine Verfassungsänderung durchzusetzen. Damit aber näherte sich die Schweiz dem System des Nachbars. Die Regeneration der Eidgenossenschaft machte dem gehässigen Kleinkrieg ein Ende, und die beiden Länder erneuerten ihre traditionelle Freundschaft. Die Verfassungsänderung war also der Weg zum Frieden.

\* . \*

Die Zahl der Anhänger Frankreichs und der demokratischen Grundsätze war geradezu erschreckend klein. Der Antagonismus gegen Bern fällt so wenig ins Gewicht wie die

vorübergehende und bald ermüdete Opposition eines Patriziers vom Schlage Bonstettens<sup>29)</sup>. Als Führer kommen die jungen „Aristokraten“ in Betracht. Es sind Intellektuelle, geistig Gebildete, die wie der feinfühligste Bonstetten mit moralpolitischen Forderungen auftreten. Den materiellen Interessen der Oligarchen setzen sie den Idealismus entgegen, der von dem Sinn für Menschenglück und Gerechtigkeit erfüllt ist. Sie sind zum großen Teil Schüler der Kantischen Philosophie, oder sie gehen wie Ochs von den Humanitätsgedanken Isaak Iselins aus. Sie hatten die neue Freiheit und die ganze Welt der Menschenrechte sich so gründlich überdacht, daß auch die Exzesse der französischen Revolution sie nicht in ihrer Überzeugung erschüttern konnten. Usteri z. B., der vom Saulus zum Paulus wurde, feierte sogar in der Reaktionszeit noch den 14. Juli.

Diesen Männern fehlt der Zusammenhang untereinander, und es fehlt ihnen ein Rückhalt. Aber sie stehen indirekt miteinander in Verbindung, und die Revolution führt sie zusammen, trennt sie freilich wieder. Sie tauschen ihre Meinungen aus, aber es fehlt ihnen eine Organisation, eine einheitliche Leitung. Es sind Männer wie Paul Usteri, Hans Konrad Escher, Albrecht Rengger, Philipp Stapfer, Bernhard Friedrich Kuhn. Mit Meyer von Schauensee stand Ochs in schriftlicher, mit Lukas Legrand in persönlicher Verbindung.

An diese Männer — Faesi und Füßli kommen noch hinzu — wenden sich die beiden Warner von Paris aus: Oelsner und Ebel. Beide sind Deutsche von Geburt.

*Johann Gottfried Ebel*<sup>30)</sup> hatte Medizin studiert, war 1790 zum erstenmal in die Schweiz gekommen und hatte Zürich, wo er mancherlei Verbindungen anknüpfte, zum Aus-

<sup>29)</sup> Bonstetten teilte die Auffassung, daß durch den Wunsch des Direktoriums die Wahl auf Ochs gefallen sei. Er erwartete, dieser werde alles daran setzen, um die Anklagen der französischen Regierung zu geschweigen. Immerhin wünschte er, daß Ochs für die armen ennetbirgischen Vogteien sich verwende. Auch Bonstetten, der die Ausbreitung der Freiheit auf das ganze Volk begehrte, fürchtete den Ausbruch der Anarchie. Die Lösung des schwierigen Problems schob er Ochs zu. Valeyres, 9. Dezember 1797, Bonstetten an Ochs. Korresp. Ochs.

<sup>30)</sup> Vgl. namentlich die von Arnold Escher verfaßte Biographie, Neujahrsblatt des Waisenhauses Zürich, 1917.

gangspunkt für seine Wanderungen in der Schweiz gewählt. Seine tiefe Liebe zu Land und Volk kommt zur Geltung in seinem Reisebuch. Er ist der erste schweizerische „Bädeker“. Im Herbst 1796 siedelte er nach Paris über. Er war rund 32 Jahre alt, von beweglichem, lebhaftem Geist und von geschätzten Kenntnissen. Als Attaché der Frankfurter Gesandtschaft nahm er eine offizielle Stellung ein. Wichtiger aber wurden seine persönlichen Beziehungen zu den leitenden französischen Staatsmännern. Als geschätzter Arzt gewann er Vertrauen auch in politischen Dingen. Mit Sieyès war er befreundet, weil er dessen Schriften ins Deutsche übersetzt hatte.

Ebel vertritt sozusagen die Schweiz im Auslande. Seine gescheite Aufforderung an Kilchsperger in Zürich, die Schweiz solle einen Gesandtschaftsposten einrichten und durch einen aufgeklärten Mann besetzen, wurde abgelehnt mit dem üblichen Hinweis auf die Unmöglichkeit der Verständigung unter den Kantonen und auf die Kostspieligkeit. „In der Staatskunst wird kein Fehler ungestraft begangen“, warnte Ebel. Aber die Staatskunst begnügte sich damit, die bereits begangenen Fehler zu vertuschen, Ebel um günstiges Fürwort bei den mächtigen Persönlichkeiten zu bitten und den Dank und Erfolg auf die Vorsehung zu schieben.

Es ist beschämend, daß der Deutsche Ebel als Sachwalter der eidgenössischen Interessen mit seinen Warnungen, und aus einer seltenen Kenntnis des Volkes heraus, die „Perücken“ zu rechtzeitigem Handeln auffordern und ihnen sogar den einzig möglichen Weg der Rettung vorzeichnen mußte <sup>31)</sup>.

Schon im Frühjahr 1797 erfaßte er die Gefährlichkeit der Lage. Er machte Kilchsperger darauf aufmerksam, daß man in Paris haarklein über die schweizerischen Regierungen und über die Feindseligkeit von Bern, Solothurn und Freiburg unterrichtet sei. Wenn die französischen Waffen Erfolg haben, dann fallen die Rücksichten, die Schweiz zu schonen, dahin. Mit dem Wunsch, sich zu rächen, lasse sich dann leicht die Absicht, Geld zu erpressen, verbinden. Als eid-

<sup>31)</sup> Unschätzbar die von Strickler, Aktensammlung I, 46—59 abgedruckten Briefe. Vgl. dazu die Bemerkung von Dierauer, Gesch. der Schweiz. Eidgenossenschaft IV, 442, Anm. 27.



genössischen Gesandten schlug er einen Mann vor, „der durch seine Grundsätze und Gesinnungen hier mit Achtung und Wohlwollen aufgenommen werde“. Er müsse den gebildeten Gesellschaftston mit Würde und Kenntnissen verbinden. Dann könne er einer ausgezeichneten Position versichert sein. Als nun Bern eine Sondergesandtschaft nach Paris schickte, mißbilligte er die Zersplitterung. Konzentrieren sei jetzt das wichtigste. Man verachte in Paris die Schweiz, die von dem Ruhme ihrer Vorfahren gelebt habe; man verachte ihre erbärmliche, charakterlose Politik, ihre militärische Kraft. Auf einer Tagsatzung müsse der Bund beschworen werden; aber die bürgerliche Lage aller untertänigen Schweizer müsse verbessert werden, wenn dieser Akt moralische Wirksamkeit besitzen solle.

Er suchte die Trägen und Stumpfen aufzurütteln, die dem allgemeinen Besten kein Opfer bringen wollten. Der Umsturz der schweizerischen Regierungen sei beschlossen, und dies Projekt werde noch eher ausgeführt als die Expedition nach England (4. November).

Immer deutlicher rückt das Problem einer Verfassungsänderung in den Vordergrund. Am 9. November 1797 skizziert er die praktischen Aufgaben, drängt auf eine positive Lösung: Die Schweizer selber müssen einer fremden Einmischung zuvorkommen, mündliche und schriftliche Diskussionen einleiten und die Verfassungsänderung in demokratischem Sinne, aber auf alle Lande sich erstreckend, durchführen. Die Aristokratien können in der Schweiz nicht weiter bestehen. Die Schweizer müssen aktiv vorgehen, nicht zusehen und zusehen, wie sie verkürzt werden, sondern sich stärken. Sie sollen Männer in die jurassischen Täler schicken, welche mit der Bevölkerung den Freistaat organisieren und den Franzosen zuvorkommen. Es sei ein politischer Fehler gewesen, nichts zur Erhaltung des Veltlin getan zu haben. Man kümmere sich auch zu wenig um das Schicksal der tessinischen Vogteien. „Diese sind nichts als eine Mastung für einzelne Vögte, die sich jede Schändlichkeit erlauben.“ Die Justizpflege sei ein Skandal. Die vier Vogteien müssen zu einem gleichberechtigten Kanton erhoben werden. Als Staatsbürger werden die Tessiner den Eidgenossen treu bleiben.

Mit Zisalpinien muß man ein freundschaftliches Verhältnis gewinnen.

Sieht man von Ochs und seinem Antrag im Großen Rate zu Basel zugunsten der Tessiner ab, dann ist kein einziger schweizerischer Staatsmann zu nennen, der den Mut gehabt hätte, sich für diese Forderung einzusetzen. Jeder Versuch wäre auch aussichtslos gewesen. Rechnete man es doch Ochs geradezu als Verbrechen an, daß von einem regierenden „Haupt“ ein solches Ansinnen gestellt werde.

„Eine Veränderung Ihrer Verfassung“, mahnte Ebel, „ist unausweichbar geworden; um das nicht zu sehen, müßte man blind wie ein Maulwurf sein.“ Man solle es nicht darauf ankommen lassen, in die Hände eines fremden Reformators zu fallen und mißhandelt zu werden. Die Familieninteressen müssen durch das Volksinteresse verdrängt werden. Nur dann ist die Unabhängigkeit gesichert.

Mit einer Ausführlichkeit, als ob es sich um die eigenste Sache handle, setzte Ebel am 25. November diese Gedanken fort. Sie interessieren uns in besonders starkem Maße, weil sie *vor der Ankunft* des Baslers Ochs in Paris geschrieben sind. Sie halten die Situation fest, in welche der Gesandte hineinkam, stellen ihn selber also in den richtigen Zusammenhang. Ebel schildert die Zerwürfnisse im Direktorium. Reubell leitet alle äußern Angelegenheiten. Das Gewitter ist im Anzug. Nur der Zusammenschluß des ganzen Volkes, also auch der Untertanen, zu einer einzigen Masse flößt Respekt ein. „Der große politische Streich bestehet darin, selbst das zu tun, was sonst eine fremde Gewalt despotisch tun wird, wodurch ihr alle das Spielzeug von Elenden werdet...“ Die Potenzen — die Machthaber — können die Franzosen nicht gegen die Schweiz führen, ohne einen Scheingrund geltend zu machen. Sie werden nichts wagen, wenn die Schweizer durch die politische Veränderung Einheit und Vaterlandsliebe herstellen. — Ebel kommt auch auf Laharpe und die Exilierten zu sprechen. Er nennt sie, ohne Laharpe mit Namen zu bezeichnen, verblendete Toren, weil sie französische Truppen in ihr Vaterland weisen. „Sie sind nicht böse“, so urteilt Ebel, „sie wollen dem Vaterlande nichts Übels; es gibt deren Unzählig; edle Männer, rettet selbst diese Toren

von dem Wahne, dessen Opfer sie werden müssen, wenn sie zu spät sehen und fühlen müssen, welche reißende Wölfe sie mit eigener Hand in den Schoß ihrer Familien geführt haben.“

Woher diese eigentümliche Milde, die, wenn ich von dem freimütigen Worte Dändlikers absehe, mit dem Verdikt, das schweizerische Historiker fällen, in so hartem Widerspruch steht? Die Erklärung ist nicht schwer. Wir haben den Akzent verschoben. Je gefühlsmäßiger unser Urteil bestimmt ist, umso größern Nachdruck legen wir auf die Umtriebe von Laharpe und auf das Einverständnis des Basler Gesandten. Ebel dagegen läßt sich in seiner Einsicht nicht irre machen. Er weiß, daß alle Intriganten der Welt nichts vermögen, wenn die schweizerischen Regierungen die Pflicht des Augenblickes erfüllen. Verräter sind diejenigen, die aus Selbstsucht die Demokratisierung und die Umgestaltung des Bundes hindern. Wenn die Umschaffung erfolgt, dann ist auch den Potenzen der „Scheingrund“ zur Intervention in der Eidgenossenschaft genommen. Aber die Nation muß als ein einheitliches Ganzes dastehen mit dem einheitlichen Willen, die Selbständigkeit nicht schlechter zu verteidigen, als die Bauern in der Vendée für ihre Sache gekämpft haben.

Nur die Geschlossenheit konnte die Schweiz retten. Denn auch ohne die Waadtländer gab es Reibungsstellen genug: die ins Auge gefaßte Vereinigung von Genf, Erguel usw. mit Frankreich, Geldforderung, Abtausch des Fricktals. Ebel teilte das alles mit, und er fügte bei, daß ein einheitlicher Plan im Direktorium noch nicht gefaßt sei.

Wir befinden uns in den letzten Tagen des November. Am 30. November verläßt Ochs Basel. Bis er am 8. Dezember die denkwürdige Besprechung mit Reubell und Bonaparte hat, sind die hauptsächlichsten Linien eines einheitlichen Planes gezeichnet. Noch nicht die endgültigen. Aber die Krisis unter den Direktoren und Bonaparte scheint für den Augenblick überwunden. Reubell kann es nicht unterlassen, zu betonen, daß er mit dem General an diesem Tage einig gewesen. Das war freilich nur ein Anfang.

Auch im Dezember, da die Aktion des Direktoriums feste Gestalt annimmt, müht sich Ebel noch ab, als A und O zu verkündigen: Der Umsturz der aristokratischen Regierung-

gen ist beschlossen. „Die fünf Potenzen und Bonaparte haben darüber nur einen Willen.“ Er spricht von der Einführung einer Zentralgewalt, von den Millionen, auf die Frankreich das Auge geworfen hat, von militärischen Vorbereitungen und kann sich nicht fassen über die Gleichgültigkeit und Taubheit der Regierungen.

Die Mission des Oberstzunftmeisters betrachtete Ebel als den Anfang vom Ende. Er kannte die Taktik des Direktoriums, sich durch Stellvertreter eines Volkes um die Intervention bitten zu lassen. Diese Rolle fiel nach seinem Urteil dem Basler zu. Dabei lag es Ebel fern, Ochs zu verdächtigen. Nach seiner Meinung eilte Ochs nach Paris „in größter Einfalt, auf Kosten der sogenannten Aristokraten von Basel“.

In seinem Briefe vom 17. Dezember machte Ebel zum erstenmal das Motiv geltend, das in den Briefen und Verhandlungen von Ochs als Leitmotiv erscheint, um vom französischen Interesse aus die Intervention zu rechtfertigen: Der Sturz der Aristokratien stehe im politischen Interesse Frankreichs, weil sich das Direktorium nie auf die Aristokratie verlassen könne, sondern durch diese unausgesetzt und dicht auf den Grenzen der Republik allen Intrigen Englands ausgesetzt sei. Derselbe Staatsgrund werde geltend gemacht, um eine Einheitsverfassung herbeizuführen<sup>32)</sup>.

Noch vor Jahresablauf erlebte Ebel die Erfüllung seiner Prophezeiungen. Er konnte melden, daß das Schicksal der jurassischen Täler und der Stadt Biel entschieden sei. Aber auch jetzt noch rief er den Freunden zu: „Euer Heil ist in Euren Händen.“ Sie sollen es nicht in Rastatt und nicht in Paris suchen, sondern sie müssen, wenn sie freie Männer bleiben wollen, die Reform selber durchführen. Dann erkennt

---

<sup>32)</sup> Man vergleiche damit den Passus in dem von Ochs fünf Tage vorher geschriebenen Briefe an Bürgermeister Burckhardt: „L'on est convaincu que si elle [la Suisse] reste gouvernée telle qu'elle est, la République française n'a point de garantie de sa fidélité. Telle est l'opinion publique.“ Paris, 12. Dezember 1797. Korresp. Ochs. — An diesen Gedanken knüpft Ochs das französische Interesse für eine Begünstigung der Umschaffung. Durch die Umschaffung, also die Demokratisierung der Kantone, wäre dann allerdings das französische Interesse befriedigt und erschöpft. Mit weitergreifenden Absichten rechnet Ochs so wenig als Meyer von Schauensee, Usteri etc.

er, daß alle Warnungen aussichtslos sind. Von den Regenten ist nichts zu erwarten<sup>33)</sup>.

Auch nicht von *Johann Heinrich Füßli*<sup>34)</sup>. Dieser Zürcher, der als Obmann zu den neun Standeshäuptern der Republik Zürich gehörte, war nicht der Mann mutiger Entschlüsse. Er hatte im Stäfner Handel das wichtigste Wort geführt und ausführlich bewiesen, daß die Übertreter des Gesetzes den Tod verdienten, daß aber eine so harte Strafe unpolitisch sei. Er getraute sich nicht, seine Meinung offen herauszusagen, die, wie Hans Konrad Escher vermutete, dahin ging, daß die Verurteilten „weit von der Todeswürdigkeit entfernt seien“. Er kam aus einem innern Widerspruch nie heraus, nannte sich bald einen „Verehrer alles löblichen Alten“, bald einen Gemäßigten, und nahm später doch teil an der helvetischen Regierung<sup>35)</sup>. Als Mitglied der helvetischen Gesellschaft besaß er weitreichende freundschaftliche Verbindungen. Er vermittelte Ebels Briefe. Sie kamen in die Hand Usteris, in diejenige des Bürgermeisters Kilchsperger; vor allem hielt er die Verbindung aufrecht mit Hans Konrad Escher, Rengger, Meyer von Schauensee einerseits und Ebel anderseits. Aber er selber ist der Typus jener städtischen Aristokraten, welche die Ungerechtigkeit und auch Unhaltbarkeit des bestehenden Systems einsehen, die sich aber nicht getrauen, an den alten Bau Hand anzulegen. Sie sind gelähmt durch Vorurteile, durch Ängstlichkeit und durch Unsicherheit in ihrem Tun und Denken.

Ebel gab deshalb seine philippischen Reden an Füßli auf. Er war jetzt an dem Punkt angekommen, den die schweizerischen Freunde längst erreicht hatten: er war durchdrungen von der Notwendigkeit einer Demokratisierung und Bundeserneuerung auf breiter Basis, aber auch überzeugt von der Aussichtslosigkeit, diese Umschaffung von den schweizerischen Regierungen zu erwarten.

<sup>33)</sup> Ochs äußert sich über die Aufnahme der Ebelschen Briefe: Basl. Gesch. VIII, 237.

<sup>34)</sup> A. Schüle, Die politische Tätigkeit des Obmanns Johann Heinrich Füßli von Zürich. 1745—1832. Diss.

<sup>35)</sup> Zur Beurteilung Füßlis vgl. meine Besprechung von Schüles Füßli: Anzeiger für Schweizerische Geschichte 1919, S. 58 ff.

Beide, Ochs und Müller, hatten daraus die Konsequenz gezogen. Sie wollten, in der einen oder andern Form, einen Druck, der von Frankreich ausgeübt werde.

Für unsere Beurteilung ist es außerordentlich lehrreich, festzustellen, daß jetzt auch der Warner Ebel einen Druck auf die aristokratischen Regierungen für notwendig hielt.

Aber von seinem Standort Paris sah er die Dinge anders an als die schweizerischen Patrioten. Die letztern, die sich an der Hartnäckigkeit der Regierungen stießen und die sich in dem Netz der bestehenden Staatsordnung gefangen sahen, — sie mußten, wie Ochs am 8. Dezember ganz richtig andeutete, mit dem Henker rechnen, denn die Machtmittel lagen bei den Regierungen, — die Patrioten sahen kein anderes Mittel als die Intervention Frankreichs. Über die Art dieser Intervention herrschte Unklarheit. Schon ein Machtwort des Direktoriums konnte vielleicht jene Furcht auslösen, welche sich zu Reformen verstand. — Ebel hingegen sah in das Getriebe der Direktorialpolitik hinein, in die gewalttätige Politik, welche der Republik Venedig den Garaus gemacht hatte. Er vernahm feindselige Reden gegen die Schweiz, zugleich freilich auch beruhigende Versicherungen Reubells. Die Zerwürfnisse innerhalb des Direktoriums bedeuteten für die Schweiz eine Entlastung, ebenso die Abneigung Reubells gegen Bonapartes Pläne, die Nachbarstaaten zu revolutionieren und Frankreich mit Direktorialrepubliken zu umgeben. Aber Ebel kannte aus der Erfahrung die Unsicherheit dieser Verhältnisse. Personen und mit ihnen die Absichten konnten wechseln von einem Tag zum andern. Es war kein Verlaß. Daher seine wichtigste Mahnung an die Schweizer Freunde: „Euer Heil ist in euern Händen, weder hier noch in Rastatt müßt ihr es suchen.“ Darum mißbilligte er nicht nur die Gesandtschaft der Berner, sondern auch diejenige der Basler. Man durfte, wenn man die Freiheit bewahren wollte, Frankreich nicht hineinziehen. Man mußte im Gegenteil dem Direktorium zuvorkommen.

Die Frage war also nur, ob in anderer Weise der unumgängliche Druck auf die aristokratischen Regierungen ausgeübt werden könne. Ebel fand ein solches Mittel, wie nur er, von seinem entfernten Standpunkt aus und mit der Be-

wunderung für das schweizerische Volk, das er einst aufgesucht hatte, es finden konnte. Versagte die Umschaffung „von oben“ herab, dann blieb die Revolution von unten herauf, der Volksaufstand!

In den ersten Dezembertagen — also vor dem 8. Dezember! — verglich er in einem Brief an Usteri die beiden Übel, einen Volksaufstand und eine militärische Invasion der Franzosen, und er gab, um die Unabhängigkeit zu retten, dem Volksaufstand den Vorzug. Dieser sei „zu bewirken“<sup>36)</sup>.

Bei Usteri hatte aber Ebel damit kein Glück. Darum schrieb er um den 17. Dezember herum an *Bernhard Meyer von Schauensee* mit dem gleichen Ansinnen. Dieser, der seit Jahren mit Ochs, Legrand, Frey und andern Basler „Jakobinern“ bekannt war, gehörte zu den Luzerner Aufgeklärten, welche den Sturz der Aristokraten in ihrem Kanton vorbereiteten. Der Kreis dieser jungen Patrioten umschloß eine Anzahl von Reformfreunden, die außerordentlich tätig waren und später, wie Meyer selbst, an der helvetischen Regierung teilhatten. So z. B. Vinzenz Rüttimann, den freigeistigen Patrizier Joh. Melchior Mohr, der die französische Revolution aus eigener Anschauung kannte, den Ratschreiber Jos. Anton Balthasar — einen feingebildeten Kantianer! —, den Staatschreiber Alphons Pfyffer von Heidegg, den Kaplan Abbé Koch, Seckelmeister Kasimir Krus, gemäßigt wie Niklaus Dürler, der letzte Schultheiß der Republik Luzern<sup>37)</sup>.

Franz Bernhard Meyers Bruder kämpfte in Italien unter französischen Fahnen, wurde bei Rivoli verwundet. Beide Brüder waren Bewunderer Bonapartes. Wie Ochs tadelte auch Franz Bernhard Meyer die Begünstigung der Royalisten

<sup>36)</sup> Strickler, Aktensammlung I, 58. — Ebenso Paris, 2. Januar 1798. Ebel an Ochs. Korresp. Ochs.

<sup>37)</sup> Vgl. Hans Dommann, Franz Bernhard Meyer von Schauensee als Staatsmann und Zeuge seiner Zeit. — Meyer nennt 1797 die Regierungen den „Typus der Lüge . . . der Immoralität“. Die Ordnung der Dinge muß ändern. Seiner Entrüstung über Unterdrückung gibt er am 16. September 1797 Ausdruck. Trotzdem lehnt er im Dezember 1797 die Zumutung Ebels ab: er fürchtet eine Massenerhebung mehr als alle Übel, die „die fränkischen Legionen“ der Schweiz bringen könnten. 29. Dezember 1797 Meyer an Usteri. Im weitem überläßt er den Entscheid über Volksaufstand oder andere Mittel Ochs.

durch schweizerische Regierungen und den Mangel an strikter Neutralität. Auch er kam zur Einsicht, daß von den Aristokraten keine Reformen zu erwarten seien. Die Revolution sei also nicht zu umgehen. „Es ist gewiß ein Unglück“, so formulierte er schon im August 1797 seine Ansichten, „daß diese Änderung sich nur durch Gewalt vollziehen kann. Aber ich erschrecke weniger vor der Anarchie als vor dem Despotismus, denn die Anarchie ist nur von kurzer Dauer und findet ihr Ende in ihren eigenen Exzessen.“ Um die despotische Herrschaft der Oligarchien zu brechen, müsse der Zwang angewendet werden. In diesem Falle sei er ein gesetzliches und durch die Moral gebotenes Mittel. Ein Bürgerkrieg wäre nicht das letzte der Übel und jedenfalls einer beschämenden Sklaverei vorzuziehen (16. September 1797).

Mit der Verurteilung einer solchen Denkweise, die ohne weiteres als Jesuitenmoral bezeichnet wird — als ob diese Männer wirklich ihren Zweck mit den schlimmsten Mitteln durchsetzen wollten —, ist es nicht getan. Es ist gut, sich die Bemerkung Dändlikers gegenwärtig zu halten: „Wie wenig sich die Verhältnisse von damals nach heutigen Anschauungen beurteilen lassen, wie gänzlich die politischen Gesichtspunkte durch die eigenartige Zeitlage verschoben waren, erhellt zur Genüge daraus, daß gerade diese auf die Fremden bauenden Neuerer sich den (auf den ersten Blick als Widerspruch erscheinenden) Beinamen der „Patrioten“ geben konnten: sie mußten sich selbst für die wahren Freunde des Vaterlandes halten, weil sie dessen zeitgemäße nationale Wiedergeburt anstrebten“<sup>38)</sup>. In welchem Umfang auf der andern Seite das rein persönliche Interesse für das Festhalten an den Privilegien maßgebend war, so daß von nationalen Gesichtspunkten nicht die Rede sein kann, das hat schon Strickler ausgesprochen. Wir finden immer dieselbe Ein-

<sup>38)</sup> Dändliker a. a. O. III, 317. — Es wird den Biographen Müllers, Meyers etc. recht schwer, klipp und klar die Umsturzpläne im Zusammenhange mit französischer Intervention auszusprechen. Aus falscher Scham für jene Männer, die infolge ganz anders gearteter Verhältnisse auch von andern Voraussetzungen ausgingen. Den Ausgang konnten sie nicht voraussehen. Sie wollten — das muß man sich immer wieder vergegenwärtigen, — die Schweiz reformieren, aufbauen, vor innerem Zerfall und vor äußerer Gefahr retten und nicht zerstören.



stellung, bei Ochs wie bei Huber und Legrand und Frey, bei Usteri wie bei Meyer, der dem Zürcher Freunde schreibt: Die Aristokraten und die Gallomanen arbeiten an der Vernichtung des Vaterlandes. „Unsere Sprache sei entschlossen und fest, unsere Handlungen tadelsfrei.“ Man müsse die nur für ihre Interessen besorgte Opposition der Aristokraten für die Folgen ihres Starrsinns verantwortlich machen. Auch Meyers Gedanken laufen darauf hinaus, man müsse die oligarchischen Verfassungen vernichten, um das Vaterland zu retten. Aber „ein mächtiger Anstoß“ müsse gegeben werden.

Ochs wurde in die Diskussion über die Möglichkeit eines Volksaufstandes sowohl durch Ebel als auch durch Usteri hineingezogen. Es ist nicht schwer, sowohl aus seinen Handlungen als auch aus dem Wesen seiner Persönlichkeit den Schluß zu ziehen, daß er für eine Revolution „von unten“ nicht zu haben war. Seine ganze Taktik war eingestellt auf die Umschaffung „von oben“. Er war kein zügiger Volksmann und noch weniger ein Draufgänger. Er war vornehm, reich, gebildet, Patriot aus Humanität und als Anhänger des Naturrechts; er bewunderte die französische Revolution, wie er die französische Kultur schätzte. Er war der Intellektuelle, gehörte in den Ratssaal, wußte sich mit Sicherheit im Luxembourg zu bewegen, aber auf die Straßentribüne paßte der mehr feingliedrige als robuste Mann mit seiner kleinen Statur, mit seinen Allüren und seinem feinen Deutsch oder Welsch so wenig wie auf die Barrikade. Ärzte sind ungeeignete Patienten, weil sie die schlimmen Möglichkeiten vorauswissen, und der Staatsmann und Jurist Peter Ochs wäre ein ungeeigneter Volksauführer gewesen, weil er für den Fall eines mißlichen Ausganges Urteil und blutige Vollstreckung nur zu gut kannte.

Er ging im November 1797 mit einem bestimmten Plan nach Paris. Wir wären glücklich, die Grundlagen zu kennen. Aber wir besitzen sie nicht. In Redewendungen, die für uns dunkel sind, spricht Bernhard Meyer von der Absicht, mit Ochs vor der Abreise zusammenzutreffen, um zu verabreden, was noch zu tun sei. Meyer hat einen Plan entworfen, und zwar im Einverständnis mit einem ungenannten Freund, hat diesen Plan an Ochs geschickt, und dieser hat sich

mit dem „mode d'agir“ einverstanden erklärt. Er wird von Meyer und dem Ungenannten jetzt, am 29. November, autorisiert, davon Gebrauch zu machen, aber niemanden zu kompromittieren. Den Brief, in dem Meyer den Plan als Modus des Handelns vorschlug, besitzen wir nicht<sup>39)</sup>.

Rückschlüsse hätten keinen andern Wert als denjenigen von Hypothesen. Zwar ist es zur feststehenden Formel geworden, Ochs sei nach Paris gegangen, um den Franzosen als Wegweiser in die Schweiz zu dienen. Aber diese Behauptung, so bestimmt sie ausgesprochen wird, entbehrt des Beweises. Sie hat allerdings den Vorteil, das Problem zu zerhauen und damit die bestehenden Schwierigkeiten — wenigstens scheinbar — aus der Welt zu räumen, und sie läßt sich dem Verlauf der Dinge mühelos einordnen, ist sie doch ihrerseits nichts anderes als eine Rekonstruktion, die sich den Ereignissen anpaßt. — Dasselbe gilt von Meyer und seinem Entwurf. Hier zeigt sich zudem die ganze Unsicherheit der Patrioten und die Verfänglichkeit ihrer Aufgabe. Meyer schwankt in seinen Äußerungen. Daß er sogar früher als Ebel an einen Volksaufstand gedacht hat, das wissen wir<sup>40)</sup>. Als jedoch Ebel mit der Aufforderung zum Volksaufstand ernst machte, lehnte er ab. Die „fränkischen Legionen“ schienen ihm das kleinere Übel. Nichtsdestoweniger beklagte er sich später darüber, man habe ihm die Absicht zugeschrieben, in der Schweiz eine Revolution durch die Franzosen zu bewirken. Sein Wille sei vielmehr gewesen, „die Revolution schweizerisch zu machen und — damit sie es werde — die Einwirkung Frankreichs auf unsere Regierungen nicht zu hemmen. Diese würden dann von der Notwendigkeit einer Umschaffung überzeugt und sie wohl selbst vornehmen“. Also auch Bernhard Meyer erwartete einen Erfolg lediglich durch französische Intervention. In stärkerem Maße noch als Ochs und Usteri verwarf er den Glauben an eine freiwillige Umschaffung durch die Regierungen. „Die Einwirkung Frankreichs“ war auch für ihn das sine qua non. Von der Tragweite, von den politischen Verwicklungen und von den möglichen Auswirkungen besaß er keine genügende Vor-

<sup>39)</sup> 29. November 1797. Meyer v. S. an Ochs. Korresp. Ochs.

<sup>40)</sup> Dommann a. a. O. I, 82 ff.

stellung. Er geriet darum in Widersprüche. Von Ebel mag er das schöne Dictum entlehnt und ausgedeutet haben: „Unser Losungswort sei immer: Keinen fremden Einfluß, sei er französisch, preußisch oder österreichisch.“ Handkehrum ist er aber einverstanden mit der Bedrohung von außen; nur sollte sie sich nicht als fremde Eroberung fortsetzen. Der Vormarsch der Franzosen machte ihn aber wieder wankend. Erhaltung der Integrität und Unabhängigkeit war ihm plötzlich wichtiger als bürgerliche Freiheit. Vorübergehend dachte er an eine Diktatur, dann wieder an die Bildung eines „einzig unverteilbaren Staates“. Diese Schwankungen kennzeichnen die Schwierigkeit, in der sich die Patrioten befanden. Unfähig, sie zu überwinden, klammerten sie sich, einer nach dem andern, an Ochs, sei es, daß sie wirklich seine von ihnen immer wieder gerühmte geistige Überlegenheit und seine Stellung im Staat, sei es, daß sie seine — sehr gefährliche — Verbindung mit dem Direktorium besonders hoch einschätzten.

Es kommt ganz einfach darauf hinaus, daß sie ihm zu-  
trauten, was ihnen als unlösbare Aufgabe erschien: die Um-  
schaffung des alten und die Bildung des neuen, auf Rechts-  
gleichheit gegründeten Staates mit französischer Unterstützung.  
Der „Druck“ sollte so stark sein, daß er Furcht auslöse und  
die Umschaffung bewirke, aber nicht so stark, daß die schwei-  
zerische Freiheit erdrückt würde!

\* \* \*

Ebel kannte Ochs von Basel her. Er war vor Jahren sein Gast im Holsteinerhof gewesen<sup>41)</sup>. Er traf mit ihm nunmehr bei verschiedenen Festlichkeiten zusammen, sah, wie der Oberstzunftmeister „freundschaftlich“ behandelt wurde und war von Anfang an mißtrauisch gegen diese übertriebenen Ehrenbezeugungen. Er wußte, daß Ochs mit den Potenzen und Bonaparte wichtige Unterredungen hatte. Er hielt ihn nicht für den Mann, den Intrigen des Direktoriums gewachsen zu sein. Er mißbilligte die Sondermission, und er mißbilligte wohl auch die Wahl des Mannes, der aus seiner Franzosenfreundschaft kein Hehl machte<sup>42)</sup>.

<sup>41)</sup> Am 23. September 1792. Tagebuch Ochs.

<sup>42)</sup> Das harte Urteil Ebels über Ochs, es fehle diesem „selbständige Würde, edler Stolz, Charakter eines Mannes“, wird mit Vorliebe wiederholt:

Das hinderte ihn nicht, im Tone überzeugter Freundschaft an Ochs zu schreiben und sein Urteil anzurufen. Er stellte an ihn dieselbe Frage wie an Usteri: Führt ein Volksaufstand zum Ziel?

Es gibt wohl kein deutlicheres Beispiel für die unter den Patrioten, und zwar unter den intellektuellen Reformern bestehende Verwirrung, als die Erwägung eines Volksaufstandes. Der Bürgerkrieg, namentlich wenn er Klasse gegen Klasse führt und es auf eine Umkehr oder auch nur auf einen augenblicklichen Ausgleich der Besitzverhältnisse abgesehen hat, ist ein zweischneidiges Schwert, das beide trifft. Seine Schrecken sind nicht abzusehen und ebensowenig Ausgang und Ende. Usteri erschrak. Ebel sei im Irrtum: „Das Volk ist nicht zu finden, von dem Sie sprechen.“ Da sei kein Volk, das in Rechtschaffenheit nur Freiheit und Gleichheit begehre unter dem Panier der Gerechtigkeit. Sondern ein Volk, das an Egoismus, Niederträchtigkeit und Feigheit den Regierenden ähnlich sei. Wenn seine Erhebung Erfolg hätte, dann käme jede niedrige Leidenschaft zum Ausbruch, Rache, Raub, Plünderung und Unterdrückung, und der Führer, der blind genug gewesen wäre, es leiten zu wollen, wäre bald auf die Seite geschafft.

Usteri entschuldigte sich für dieses harte Urteil. Aber er wollte dem vertrauenden Ebel klar machen, daß vom Bür-

---

vgl. Dierauer a. a. O. IV, 448. Aber der sorgfältig abwägende Dierauer übermittelt es nicht ohne die Einschränkung, daß an der Reinheit der Absichten nicht zu zweifeln sei. — Auch hier wird man nur mit Vorsicht die Äußerung Ebels übernehmen dürfen. Als er sie niederschrieb, vertrat er einen anderen Plan als Ochs. Ebel fürchtete die Intervention Frankreichs, Ochs wünschte sie in der Form des Schutzes für die Patrioten. Begreiflicherweise war sein Verhalten dem Direktorium gegenüber ein anderes, als Ebel demnach billigte. Ferner: die Äußerung Ebels findet sich in einem an Usteri gerichteten Brief vom 25. Dezember. Aber am 2. Januar 1798 redet Ebel den Basler an als „teurer Freund“, und er fügt bei, daß der Vorschlag Usteris, Ochs zum Gesandten der Eidgenossenschaft zu ernennen, der einzig richtige sei. „Ich überlasse dies Ihrem Urteil, das richtiger darüber entscheiden kann als das meinige.“ Paris, 2. Januar 1798. Ebel an Ochs. Korresp. Ochs. Noch stärker am 1. Januar 1798 Ebel an Ochs: „Ich glaube fest, daß nur Sie der Retter Ihrer achtungswürdigen Nation sein können.“ Korresp. Ochs. — Das harte Urteil Ebels, das dieser Anerkennung vorausgeht, ist also nicht das letzte und nicht das einzige Wort.

gerkrieg nichts anderes als ein von brutalen Instinkten geführter Kampf zu erwarten sei <sup>43)</sup>).

Man ist überrascht, daß Usteri nicht schlankweg mit dem Hinweis auf die Jakobinerherrschaft in Frankreich abgelehnt hat. Und erstaunlicherweise fehlt eine andere Erwägung. Ebel zog nicht in Rechnung, daß ein Volksaufstand dem Direktorium die Möglichkeit gab, sobald es nur den Willen hatte, sich einzumischen, je nach politischem Bedarf diese oder jene Partei zu unterstützen, unter dem Vorwand der Sicherung der eigenen Grenze das Land zu besetzen und die Rolle des Schiedsrichters sich anzumaßen. Ein Volksaufstand war nicht nur das furchtbarste Mittel, die Schweiz zu zerschlagen und Haß, Rache, Gewalttätigkeit zu entfesseln, sondern auch der sicherste Weg, die Franzosen ins Land zu führen und die staatliche Souveränität, die Freiheit zu verlieren <sup>44)</sup>).

Ebel wurde in seiner Aufforderung zum Volksaufstand von Oelsner unterstützt. Dagegen wandte sich jetzt Usteri an Ochs, um die Meinung eines Mannes, der in der Politik stand, Kenntnisse und Fähigkeiten, aber auch den Mut zur Regeneration besaß, herauszufordern. Die Aufforderung Ebels sei unerfüllbar. „Es ist kein Volk da, an dessen Spitze man sich stellen könnte, und durch einen erregten Bürgerkrieg würde man sich mitten in alles das Unglück stürzen, was man hätte abwenden können <sup>45)</sup>.“

*Dr. Paul Usteri* war bedeutend jünger als Ochs <sup>46)</sup>. Er war, als er sich an den Oberstzunftmeister wandte, noch nicht dreißig Jahre alt, während Ochs die Mitte zwischen

<sup>43)</sup> 1. und 2. Januar 1798. Ebel an Ochs, mit den Abschriften von Usteris Antworten. Korresp. Ochs.

<sup>44)</sup> Es wurde sogar erwogen, Pestalozzi an die Spitze des Aufstandes zu stellen!

<sup>45)</sup> 8. Januar 1798. Usteri an Ochs. Korresp. Ochs.

<sup>46)</sup> Vgl. die eingehende Biographie: G. Guggenbühl, Bürgermeister Paul Usteri. 1768—1831. — Auch hier darf man nicht übersehen, daß die Urteile Usteris über Ochs von den Verhältnissen bestimmt wurden und deshalb der Änderung unterworfen sind; sie durchlaufen die Skala von der Bewunderung zum rücksichtslosen Haß, um mit Anerkennung und Freundschaftsbeteuerung zu schließen. Vgl. meine Besprechung in der Zts. für Schweizergeschichte V, 373—385.

seinem vierten und fünften Lebensjahrzehnt erreicht hatte. Bewundernd schaute der jüngere zu dem älteren auf, und er ergriff jetzt mit Eifer die Gelegenheit, sich wenigstens brieflich dem Basler zu nähern. Er war Arzt und Naturforscher, und auf dem Felde der Wissenschaft übte sich die auf Kampf und Opposition eingestellte Natur, bis die politischen Fragen den temperamentvollen Publizisten und Verleger fast ausschließlich in Pflicht nahmen. Es war Rengger, der ihn der Politik zuführte. Der Stäfner Handel überzeugte ihn von der „moralischen Unmöglichkeit“, daß von den bestehenden „Regierungen aus vernünftige und nötige Reformationen ausgehen“<sup>47)</sup>. Mit der Waffe, die er zeitlebens führte: mit der „Geißel der Publizistik“, machte er sich zum journalistischen Anwalt der Verfolgten und zum Ankläger gegen die Aristokraten. Anonym, in auswärtigen Zeitungen, und darum doppelt gefürchtet.

Obmann Füßli, an den Ebel seine Mahnrufe sandte, hielt Usteri auf dem laufenden. Dieser schickte Abschriften zur Aufklärung der Berner Patrizier an Rengger. Mit ihm, mit Emanuel von Fellenberg, mit Franz Bernhard Meyer und andern Reformfreunden pflegte er ausgiebigen Gedankenaustausch<sup>48)</sup>.

Um die Wende 1797 auf 1798 bestand nach Usteris Auffassung eine nur schwer zu verwirklichende Möglichkeit der Rettung: der französische Druck mußte zur Erzwingung der Reform benützt werden<sup>49)</sup>.

Auch Ratsherr Füßli war überzeugt, daß nur Zwang helfen könne. Er ging davon aus, daß Frankreich „bestimmt erkläre, kein Schweizergebiet an sich reißen zu wollen, aber vom Volk ausgehende Revolution nicht nur nicht hindern, sondern wohl auch unterstützen zu wollen“. Nach seiner Meinung sollte die Tagsatzung Frankreich erklären, daß sich die versammelten Stände einmütigste und kräftige Hilfe gegen jede Einmischung von außen zugesichert hätten. Gleichzeitig

<sup>47)</sup> Vgl. G. Guggenbühl, Streiflichter zum Stäfnerhandel. Im Zürcher Taschenb. für das Jahr 1925. — Strickler, Alte Schweiz, S. 117.

<sup>48)</sup> Im Manuskript zur Basler Gesch. erwähnt Ochs Briefe von Fellenberg und Usteri als Beilagen, die leider fehlen.

<sup>49)</sup> Guggenbühl a. a. O. I, 74.

müßten aber die Regierungen Deputierte in die Gemeinden schicken und Klagen und Beschwerden entgegennehmen.

Usteri hielt jede Sinnesänderung der aristokratischen Regenten für undenkbar. Er kam zu dem Resultat, daß der Weg Föblis doch nicht begangen werde. Er formulierte also einen neuen Vorschlag: Ochs sollte der Vermittler werden zwischen Frankreich und der Eidgenossenschaft. So liefen schließlich alle Pläne der Patrioten darauf hinaus, die Lösung von Ochs zu verlangen<sup>50)</sup>.

20. 12. 31.

\* \* \*

Knapp vor Ochsens Abreise nach Paris schrieb Meyer von Schauensee das Wort, das nicht nur seine ganze Bewunderung für Ochs zusammenfaßt, sondern auch den Gegensatz von Patrioten und Aristokraten ausdrückt: „Votre politique est la seule que nous devons embrasser. Mais Berne s'en éloigne évidemment.“ Die Politik der scheinbar großen bernischen Staatsmänner, die sich an die besiegten Mächte Österreich und Preußen klammern, sei schülerhaft. Man beleidige damit nur Frankreich. Das sei alles, was man erreiche. Es sei höchste Zeit, von dieser Politik wieder abzukommen. Man müsse sich enge an Frankreich anschließen und das Interesse des Vaterlandes mehr auf dem Herzen tragen als das Interesse einzelner Familien. Man müsse also einerseits Negotiationen mit Frankreich eröffnen, anderseits persönliche Opfer bringen zum Wohle des Gesamten. Die Motion, die Ochs im Großen Rat zur Aufhebung der Untertänigkeit der tessinischen Vogteien vorgebracht habe, werde in der ganzen Schweiz Widerhall finden, und bald werde Ochs noch weitergehen. Vorläufig solle er Mengaud vor unüberlegten Schritten zurückhalten und ihn warnen vor Elementen, die nur aus Rache, Ehrgeiz und Geldgier Unruhe stiften wollen. — Meyer freute sich über die Sendung Ochsens nach Paris. Er sah in ihr

<sup>50)</sup> Der Satz bei Guggenbühl I, 75: „Usteri mutete Ochs entschieden zu viel Patriotismus zu etc.“ Das ist eine Verkennung der Denkweise der „Patrioten“. Keiner von allen hatte mit so viel Mut diese Grundsätze vertreten, und keiner brachte ein so großes Opfer wie Ochs: die oberste Würde im Staat. Ochs gehörte nicht zu den Zurückgesetzten sondern zu den Bevorzugten. Als Oberstzunftmeister hatte er Aussicht auf das Bürgermeisteramt.

ein Gegengewicht gegen die bernische Sonderaktion. Daß gerade Ochs, und zwar ausdrücklich er, vom Direktorium eingeladen sei (so faßte er die Wahl auf), das erfüllte ihn mit doppelter Freude. Denn damit gewann die Patriotenpartei in der Schweiz einen mächtigen Aufschwung, und die Sicherheit des Einzelnen schein ihm nun garantiert<sup>51</sup>).

Diese beiden Gedanken werden immer mehr richtunggebend: wenn die Freunde der Reform Erfolg haben wollen, dann kann es nur durch Unterstützung Frankreichs geschehen. Nur Frankreich ist imstande, dem Vorstoß der oligarchischen Regierungen die Spitze zu brechen, die Gesandtschaft nach Rastatt z. B. wirkungslos zu machen. Zwangsläufig führten alle Überlegungen der Patrioten auf diesen Punkt, auf dem auch der Luzerner anlangte: eine Reform in der Eidgenossenschaft war praktisch unmöglich ohne die — noch undefinierte — Hilfe Frankreichs.

Dazu der zweite Gesichtspunkt Meyers: Frankreich übernimmt das Amt einer Schutzmacht. — Die Strenge der Regierungen war nicht nur bekannt, sondern auch gefürchtet. Eine Petition, die nicht genehm war, oder die Anrufung der Landesväter unter Umgehung des landvögtlichen Instanzenweges genügte, um die Bittsteller als Rebellen dem starken Arm der Obrigkeit auszuliefern. Nur zu leicht vergessen wir, die wir mit Initiative und Referendum und mit den verschiedensten Volksrechten ausgestattet sind, welcher persönlichen Gefahr sich die Patrioten aussetzten.

Die Erwartung Meyers von Schauensee, daß Frankreich als Schutzmacht neben die Patrioten sich stellen werde, erschien als unausweichliche Notwendigkeit, weil diese selber nicht im Besitz der Mittel waren, sich vor der Gewalttätigkeit der Regenten zu schützen. Aber Frankreich wurde dadurch allermindestens in die Rolle eines Schiedsrichters gedrängt.

Aus dem Bedürfnis, sich an den Starken anzulehnen, und aus dem Wunsch, von diesem Starken beschützt zu werden, vollzog sich der gefährlich enge Anschluß an Frankreich. Von Frankreich hing es ab, lediglich als Schutzmacht zu wirken oder aber die moralische Unterstützung zu einer gewaltsamen Intervention auszuweiten.

<sup>51</sup>) 29. November 1797. Meyer an Ochs. Korresp. Ochs.



An die Möglichkeit einer derartigen kriegerischen Aktion dachte Meyer von Schauensee nicht, als er die Ansicht aussprach, daß Frankreich die Patrioten schützen werde.

Meyer war der Auffassung, daß es Ochs möglich sei, in Paris die großen Fragen in Bewegung bringen und auf alle Entschlüsse Einfluß gewinnen könne. Da er nur durch den Kanton und in ganz bestimmtem Auftrag abgeordnet werde, habe er großen weiten Spielraum für andere Operationen und sei durch keine Rücksichten den Kantonen gegenüber gebunden. Zürich und Bern, die nichts davon wissen wollten, sich an der Mission Ochs zu beteiligen, werden auf ihren Beschluß zurückkommen, sobald sie sehen, daß Ochs und niemand anders Zugang zum Direktorium besitze. Damit werde das Ziel erreicht. Hätte man sich von Anfang an entschließen können, Ochs als Vertreter der gesamten Eidgenossenschaft zu akkreditieren, dann hätte ihm Meyer als Legationssekretär Fellenberg empfohlen, der in den Ansichten übereinstimme und ihm hätte behilflich sein können. Aus guter Quelle wußte er zu berichten, daß Bonaparte auf der Durchreise das Fricktal der Eidgenossenschaft zugedacht, den Bernern aber jede Hoffnung auf den Erwerb des Münstertals abgesprochen habe. Die Schweiz solle nicht zerstückelt werden, sie solle sich aber zusammenschließen und eine enge Verbindung mit Frankreich und Cisalpinien eingehen. Da Bonaparte den Anschluß des Fricktals an gewisse Bedingungen knüpfte — so vor allem an die Sicherung der Rheinbrücken in einem allfälligen Krieg —, hoffte Meyer, es werde damit die ganze schweizerische Verfassungsfrage aufgerollt werden <sup>52)</sup>.

Einen Vorstoß unternahm Usteri. Und zwar im Großen Rat von Zürich, als darüber beraten wurde, ob man der Einladung Berns folgen und sich an der Sendung Karl Ludwig von Tscharners nach Rastatt beteiligen wolle. Usteri widersetzte sich dem „einseitigen Benehmen Berns und der niederträchtigen Folgsamkeit Zürichs“. Auch über die Berner Separatgesandtschaft nach Paris sagte er „seine ganze Meinung“. Er beantragte, daß die gesamte Eidgenossenschaft eine Gesandtschaft ernenne und instruiere. Da brach die Entrüstung

<sup>52)</sup> S. Anm. 51.

wider ihn los, daß es ihm im Berner Rat nicht hätte übler gehen können. Er wagte es, sich günstig über die Sendung von Ochs nach Paris und über den als sicher vorauszusehenden Erfolg „dieses allgemein geachteten Staatsmannes“ auszusprechen. Wenn Zürich das Interesse der gesamten Eidgenossenschaft in die Hand nehmen wolle, dann rücke es von den Berner Gesandtschaften ab und bemühe sich um die eidgenössische Akkreditierung des Baslers Ochs. Dieser solle nicht bloß im Namen seiner Republik, sondern in gemeineidgenössischem Auftrag mit dem Direktorium verhandeln<sup>53</sup>).

Diese Forderung war kühn. Sie löste einen wahren Sturm aus. Usteri wurde „auf die bitterste und lächerlichste Weise“ abgefertigt. Er war aber nicht der Mann, sich schrecken zu lassen. Sondern immer, wenn er in die Opposition und in die Minderheit versetzt wurde, wuchs der Wille, recht zu bekommen.

Wollte Zürich von einem gemeineidgenössischen Gesandten und von Ochs nichts wissen, dann blieb ein Mittel, die widerspenstigen aristokratischen Regierungen kirre zu machen. Der „Druck“ Frankreichs. Usteri kam auf einen Gedanken, dessen Gefährlichkeit uns ohne weiteres klar ist<sup>54</sup>). Nach seiner Meinung sollte Frankreich verlangen, daß „Bürger Ochs“ zu ihrem gemeinschaftlichen Repräsentanten gemacht und mit Instruktionen versehen werde. Von allen andern Gesandtschaften wolle es nichts wissen. Ebel erhielt von Usteri Auftrag, diesen Wunsch an Ochs weiterzuleiten.

Wenn Frankreich auf ein solches Ansinnen eintrat, dann waren die Sondergesandtschaften der Berner erledigt. Das Empfehlungsschreiben, das Tscharner zu Handen Bonapartes auf den Weg nach Rastatt erhalten hatte, und das dem Altberner samt den Garantiewünschen der oligarchischen Regierung den Zugang zu den Gesinnungen des einflußreichen Mannes verschaffen sollte, war dann zwecklos. Das Zünglein der Wage neigte sich dann zugunsten der Patrioten.

Allerdings war nicht zu übersehen, daß auch diese Zustimmung, wenn sie wirklich an das französische Direktorium

<sup>53</sup>) 1. Januar 1798. Ebel an Ochs. Korresp. Ochs.

<sup>54</sup>) Über den Vorgang im Großen Rat zu Zürich: Guggenbühl a. a. O. I, 72 ff.

gerichtet wurde, den ersten Zusammenschluß der Patrioten mit der fremden Macht zur Ausübung eines Druckes auf die bestehenden Regierungen der eidgenössischen Orte bedeutete. Immer wieder treffen wir auf diese Ansatzstellen einer künftigen Intervention Frankreichs, Ansatzstellen, die von den Patrioten abgetastet und nicht etwa durch französische Initiative geschaffen worden sind. Wie die Vorschläge des Luzerners Meyer von Schauensee mußten auch die Vorschläge eines Ebel oder Usteri zu einer Einmischung Frankreichs führen. Voraussetzung aller dieser Vorschläge war ein Vertrauen der Patrioten in die französische Regierung, das zwar keineswegs unbegrenzt, aber der Skepsis überlegen war.

\* \* \*

Ebel vermittelte die Verbindung des Baslers mit dem Zürcher. Aber Usteri wendete sich ungeduldig jetzt auch persönlich an Ochs. Er stellte sich ihm vor mit einem Bekenntnis zur Rechtsgleichheit und Umschaffung der Verfassungen. Er redete ihn an als den „würdigen Mann“, auf den die Blicke „aller aufgeklärten Freunde des Vaterlandes“ gerichtet seien. „Alle können mit Ihnen nur einerlei Grundsätze über jeden wesentlichen Punkt dessen, was uns not tut, hegen.“ Die Unabhängigkeit und der Wohlstand der Schweiz seien gefährdet, und zwar hauptsächlich durch das „fehlerhafte Benehmen der Regierungen“. Diese müssen ihr irriges System aufgeben, wenn nicht der Bogen zerreißen soll, und sie müssen „der Schweiz eine Verfassung geben, die, indem sie allen gleiche Rechte und gleiche Freiheiten einräumt, allen auch nur Ein Interesse gibt. Dadurch werde das Ganze mit neuer Lebenskraft begabt. Bisher sei jedoch alles Predigen umsonst gewesen. Trotzdem dürfe man nicht nachlassen. Man müsse vielmehr immer dringender werden. Zuletzt müssen wir „mit jeder äußern und innern Kraft, die uns zu Gebote steht, sie — die Regierungen — *zwingen*, das Vaterland zu retten“. Er bittet Ochs um seinen Rat. Dann eröffnet er ihm den Wunsch, den er an Ebel gerichtet: „Sie sollten, verehrtester Mann, das war längst meine laut geäußerte Meinung, das einzige Organ zwischen der französischen Republik und der Schweiz sein, und von unsern Re-

gierungen hätten Sie gemeinschaftlich sollen akkreditiert werden.“ Da dies nicht geschehen, sollte das Direktorium erklären, „es würde *durch Sie nur* mit der Schweiz unterhandeln“. Es sei zwar Ochs nach all den Anfeindungen durch die Aristokraten nicht zu verdenken, wenn er von aller Gemeinschaft mit ihnen abgeschreckt sei. Aber sein aufgeklärter Patriotismus sei Bürge, daß er doch nicht um der Toren willen, die nicht wissen, was sie tun, seine Arbeiten zur Rettung des Vaterlandes aufgebe. „Seien Sie als Retter begrüßt und gesegnet von Ihrem Sie aufrichtig verehrenden Mit-eidgenossen Doctor Usteri“<sup>55</sup>).

Man kann an diesem Schreiben des Zürchers herumdeuten und die Akzente auf verschiedene Stellen legen. Für den unbefangenen Leser kommt lediglich die Frage in Betracht, was Ochs aus diesem Brief ohne Deutelei herauslesen durfte. Usteris Grundsätze sind klar und faßlich. Ebenso die Äußerung unbedingten Vertrauens auf Ochs. Auffällig ist, daß nicht von der Umschaffung einzelner Verfassungen die Rede ist, sondern von einer schweizerischen, also einheitlichen Verfassung. Es ist der künftige Unitarier, der Anhänger einer einen und unteilbaren Schweiz, der die Feder führt.

Das Ansinnen Usteris bedeutet einen praktischen Vorschlag, den Druck, von dem so oft die Rede gewesen, auszulösen, zweifellos in der Erwartung, ihn nur nützlich und nicht etwa schädlich sich auswirken zu lassen. In Usteris ausführlicheren Schreiben an Ebel ist der Gang, der einzuschlagen sei, genauer entwickelt. Er stimmt mit dem später von Frankreich angewendeten System schrittweisen Vorgehens überein.

Usteri verlegte jetzt den ganzen Schwerpunkt nach Paris. Der Wunsch, daß Frankreich alle Spezialmissionen mit Ausnahme der baslerischen ablehne, und daß Ochs ein gesamt-eidgenössisches Mandat übernehme, wurde durch den Plan erweitert, die Stellung von Ochs durch Mitarbeiter zu kräftigen. Usteri hatte Fellenberg und Meyer in seine Pläne eingeweiht, und sie wurden jetzt auf Piket gestellt. Sie waren bereit, auf den ersten Wink des Oberstzunftmeisters nach

<sup>55</sup>) 8. Januar 1798. Usteri an Ochs. Korresp. Ochs. — Weitere Schriftstücke sind angeführt von Guggenbühl a. a. O. I. 76, Anm. 4.

Paris zu reisen, um gemeinsam mit Ochs eine Aktion einzuleiten. Diese Patrioten, Ochs an der Spitze, sollten das Direktorium versichern, daß die Regeneration durchgeführt werde. Eine „große Gesellschaft von Schweizer Freunden der Freiheit“ sichere das Gelingen unter der Voraussetzung, daß Frankreich die ihm zugewiesene Hilfe leiste. Und zwar so: das Direktorium müsse in rascher Folge und *gradweise* diejenigen Forderungen an die Tagsatzung richten, die ihm von Ochs und dessen Vertrauensleuten vorgezeichnet werden. Damit könne man sofort den Anfang machen, indem Frankreich auf die Petitionen der unterdrückten Untertanen — also der Waadtländer — sich stütze. Diese werden unter den Schutz der großen Republik gestellt. Dann müssen „auf der Stelle“ die Beschwerden aller Landbewohner eingeholt werden. Daran schlosse sich die Epoche, da die schweizerischen Patrioten mit ihren Vorschlägen und Arbeiten „herausrücken könnten und würden, und wo, gemäß den täglichen Vorfällen, das weitere von Frankreich aus verlangt würde, um die Schweizer Patrioten zu unterstützen“. Ebel sollte dieses Ansinnen Ochs unterbreiten. Wenn dieser einverstanden sei, könne er sogleich anfangen, die Gedanken „in Exekution zu setzen“. Ebel billigte den Vorschlag des Zürcher Freundes <sup>56)</sup>.

Die große Gefahr, vor der gerade Ebel zurückgescheut war, bestand nun aber darin, daß der Gerufene, da er der Starke war, die Initiative für diese gradweisen Forderungen an sich reißen konnte. Zudem konnte sich das Direktorium nicht auf Forderungen einlassen, ohne diesen Forderungen Nachdruck und Erfüllung zu verschaffen. Und der Wunsch, daß die einzelnen Willensäußerungen gradweise und rasch sich folgten, war wiederum nur erfüllbar, wenn eine imponierende Drohung die bei den Regierungen übliche Verschleppungstaktik unmöglich machte. Frankreich mußte *wollen*, um nicht eine lächerliche Rolle zu spielen.

Usteri war sich dieser Schwierigkeit zweifellos bewußt. Die Patrioten mußten Zutrauen zu der französischen Regie-

<sup>56)</sup> 2. Januar 1798. Ebel an Ochs, mit der Abschrift von Usteris Schreiben an Ebel. Korresp. Ochs. — Über die Tragweite dieser Gedanken sollte kein Zweifel bestehen.

rung haben, meinte er. Und dieser müsse klar gemacht werden, daß es ein Irrtum wäre, in der Schweiz große Reichtümer zu vermuten. Zudem würde die Schweiz durch einen Einmarsch von Truppen zur Vendée gemacht.

Wir haben es hier nicht mit oberflächlichen, sondern mit überlegten, durchgesprochenen Gedanken zu tun, die Usteri durch Ebel dem Basler Oberstzunftmeister mitteilen ließ. Vergleicht man diese Vorschläge mit denjenigen, die Ochs an Bonaparte gerichtet hat, dann wird man überrascht durch das Zusammentreffen wesentlicher Punkte. Mehr noch durch den Unternehmungsgeist Usteris: er ging tüchtig ins Zeug und verlegte sich nicht wie Ochs aufs Sondieren, sondern er ergriff die Initiative. Wurde vom Direktorium die Ausführung übernommen — wobei natürlich materielle Gründe mitwirkten —, dann war die Intervention da, die der Mächtige so leiten konnte, wie es ihm beliebte. Er konnte sich jederzeit damit ausreden, daß er nur einem Hilferuf Folge geleistet habe. Man sieht, das Schicksal der Schweiz hing nicht ab von einem größern oder geringern Maß von Patriotismus<sup>57)</sup>. Usteri oder Meyer oder Johannes von Müller auf dem Platze von Ochs, d. h. in Paris, ausgerüstet mit den Wünschen, wie sie in Usteris Schreiben oder in der Korrespondenz Müllers enthalten sind, wären, auch wenn sie den Schritt der Entwicklung hätten hemmen wollen, überrannt worden. Ein Glück für Fellenberg und Meyer, daß sie, trotz ihrer Bereitschaft, von Paris fern gehalten und damit von der Belastung durch die öffentliche Meinung verschont wurden.

Der Plan, Ochs zum eidgenössischen Gesandten zu erheben, kam zu spät. Der Oberstzunftmeister fand zwar den „allgemeinen Auftrag“ schmeichelhaft. Aber er wünschte ihn nicht. „Es wären Fesseln für Geist und Herz<sup>58)</sup>.“ Usteris praktische Vorschläge konnten ihn lediglich in dem Gedanken bestärken, daß er den gangbaren Weg zur Reform der Eidgenossenschaft eingeschlagen habe. Das Vertrauen ins Direktorium, das Usteri als Notwendigkeit allen Handelns voraussetzte, besaß er in vollem Umfang. Wie der Zürcher, wünschte er, daß Frankreich die Waadtländer und die Untertanen

<sup>57)</sup> S. Anm. 50.

<sup>58)</sup> Escher, Ebel a. a. O. S. 24. — Korresp. Ochs.

überhaupt unter seinen Schutz stelle, und bereits arbeitete er an dem Entwurf einer einheitlichen schweizerischen Verfassung. Er wußte ebenso wie Usteri, daß die Forderungen, wenn sie wirksam sein sollten, vom Direktorium ausgehen müßten; er bezeichnete die Aufstellung eines Observationskorps als notwendig<sup>59)</sup>.

Ochs war demnach der Meinung, daß zwar die bestehenden Regenten fest entschlossen seien, ihr historisches Recht und ihre Privilegien mit harter Unversöhnlichkeit gegen jeden Reformversuch zu verteidigen und mit dem Richtschwert jede Auflehnung zu ahnden, daß aber eine rein demonstrative Kundgebung der fränkischen Macht genüge, um die Oligarchen im Zaum zu halten. Eine Truppendemonstration genügte zudem, um die gebundene Aktion freizumachen. Die alten Verfassungen mit ihren Wächtern waren sturmreif, und die Patrioten waren schlagbereit. Alt- und Neugesinnte richteten jetzt erwartungsvoll den Blick auf Frankreich. Verhielt sich das fränkische Direktorium gleichgültig, dann war das Wagnis für die Patrioten zu groß. Stand Frankreich aber als Schutzmacht im Hintergrund, dann konnte der Versuch einer Verfassungsänderung zwar fehlschlagen, aber er brauchte nicht den Kopf zu kosten.

\*            \*            \*

Die Nachwelt hat die Absichten der Patrioten kaum begriffen. Sie hat sich nicht mehr in die Denkweise der führenden Männer und noch weniger in ihre Verlegenheiten hineinversetzen können. Sie bildete ihr Urteil auf Grund der sichtbaren Tatsachen: der bewaffneten Intervention Frankreichs und der Zerstörung der staatlichen Souveränität. Aus dem Verlust altüberlieferter Freiheit zog sie den Schluß, daß die Invasion von Anfang an beabsichtigt war. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß sich die Patrioten vor die Wahl ge-

<sup>59)</sup> Entwurf im Nachlaß Ochs, überschrieben: *Révolutionnement de la Suisse*. Darin ist die Frage aufgeworfen, was zu tun sei, wenn die übrige Schweiz dem Beispiele der Waadt, des Tessin und Basels keine Folge leiste. Dagegen gab er am 12. Dezember 1797, in einem Schreiben an Bonaparte, seine Zustimmung für ein Grenzkorps. Vgl. Dierauer a. a. O. IV, 450. Strickler, *Aktensammlung I*, 108—113. Barth, *Untersuchungen a. a. O. S.* 145 ff. — Korresp. Ochs.

stellt sahen, entweder eine Volksrevolution, und damit den Bürgerkrieg, oder einen „Druck“ Frankreichs auszulösen, um dann die Umschaffung selbständig und „von oben“ durchzuführen. Es ist eine recht plumpe Geschichtsauffassung, wonach Ochs „der fremden Macht den Weg im einzelnen vorzeichnete, den sie einzuschlagen hatte, um das Ganze von sich abhängig zu machen“<sup>60</sup>).

Aus dem Gedankenaustausch der Patrioten geht vielmehr mit aller Deutlichkeit hervor, daß sie die Revolution im eigenen Haus mit eigenen Mitteln durchführen wollten, daß sie sich aber ohne den Schutz Frankreichs nicht zu handeln getrauten.

Der Irrtum, den sie begingen, liegt vor unsern Augen. Das beweist aber nichts gegen die Gutgläubigkeit der Patrioten. Nicht nur aus dem Glauben an die Moralität der französischen Republik, sondern auch aus rein verstandesmäßigen Gründen hielten sie die Abgrenzung einer französischen Intervention für möglich.

Noch mehr: sie waren durch mancherlei Anzeichen, nicht zuletzt durch die Warnungen des treuen Ebel, überzeugt, daß Frankreich mit den aristokratischen Regierungen gewaltdtätig abrechnen werde, wenn man dieser Rache nicht rechtzeitig durch eigene Umschaffung zuvorkomme. Sie betrachteten sich als Retter des Vaterlandes, das durch die Freunde der angloroyalistischen Verschwörung unwiderleglich kompromittiert war.

Irgendwie spürten sie wohl, daß die Unabhängigkeit preisgegeben werde, sobald Frankreich, wenn auch nur als Schutzmacht, ins Spiel gezogen wurde. Im schlimmsten Fall rechneten sie mit einer vorübergehenden Einbuße an Selbständigkeit. Diese wurde wettgemacht durch den Gewinn einer Freiheit und einer nationalen Geschlossenheit, die durch ihre demokratischen Grundsätze das Volk so fest in einem einigen Interesse zusammenschloß, daß aus diesem Veredlungsprozeß eine wirkliche Nation hervorging, die über die Mittel verfügte, auch eine nationale Politik zu meistern. Es war die

---

<sup>60</sup>) Öchsli, *Gesch. der Schweiz* I, 115. — Ebenso irrtümlich: G. Steiner, *Untergang*, a. a. O. 105. Wichtiges Aktenmaterial war mir damals noch unbekannt.



Meinung, daß sich diese neue Schweiz inskünftig in ihrer Politik weder von Frankreich noch von Österreich werde beherrschen lassen.

Die Versteifung des Widerstandes bei den Altgesinnten gegen jede Neuerung förderte den Wunsch der Patrioten, durch Frankreich vor Verfolgungen geschützt zu werden. Automatisch wurden sie stärker an Frankreich abgedrängt, als sie in ihrem Programm vorgesehen hatten.

Auch *Johann Heinrich Pestalozzi* begnügte sich nicht mit einer scharfen Kritik der Verhältnisse. Mit den ihm am nächsten stehenden Freunden kam er zu dem Ergebnis, daß ein Stoß von außen nötig sei, damit eine ersprießliche Bewegung durchgesetzt werde. Allein die Kraft dieses Stoßes sollte von den Patrioten aufgefangen und der Reform dienstbar gemacht werden. Eine Teilung der Schweiz befürchtete Pestalozzi nicht, doch war er beunruhigt über die Hinneigung vieler Berner Aristokraten zu Österreich und über ihre Absicht, eine Intervention Österreichs ins Werk zu setzen. Er schlug darum eine Vereinigung von etwa 200 Patrioten vor. Diese sollten einerseits offen mit den Franzosen verhandeln, andererseits eine Kapitulation mit den Regenten versuchen, um dem Volk verlorene Rechte wieder zu verschaffen<sup>60a)</sup>.

Soweit wir uns durch Zeugnisse orientieren können, wurde von allen führenden Patrioten der Gedanke an einen Volksaufstand fallen gelassen. Von der Erhebung zum gemeineidgenössischen Gesandten erwartete Ochs nichts Glückliches. Er war auch viel zu ängstlich, als daß er sich gerne als Haupt einer Patriotenpartei in der Diaspora gesehen hätte. Seine staatsmännischen Kenntnisse bewahrten ihn davor, die Sache überstürzen zu wollen. Er rechnete vielmehr mit der Zeit. Er besaß die Geduld, die Dinge reifen zu lassen, — wie er denn auch vorübergehend ganz ins Hintertreffen geriet. Im übrigen fühlte er sich in Übereinstimmung mit dem Freundeskreis Usteri. Er antwortete dem Zürcher freudig, daß ihr Ziel ein gemeinsames sei: die Herstellung der politischen Gleichheit, die Beseitigung der Grenzmarken unter Kantonen, die Einrichtung einer einheitlichen Regierung. Dadurch werde das Vaterland nicht nur erhalten, sondern vielmehr erst ge-

<sup>60a)</sup> 2. Dezember 1797. Strickler, Alte Schweiz.

schaffen. Mit der Großen Nation müssen Beziehungen einer herzlichen und offenen Freundschaft gepflegt werden. Mit dem Bundesschwur von Aarau sei nur die Bestätigung ungleicher Bünde beabsichtigt. Von den alten Regierungen sei für das allgemeine Wohl nichts zu erwarten.

Aufschlußreich sind die Feststellungen über das Vorgehen. Zweierlei, so sagt Ochs, komme in Frage: 1. Umschaffung durch die Untertanen selbst, oder 2. Einmischung Frankreichs. Geht die Revolution von den Untertanen aus, dann stehen drei Wege offen: sie handeln allein, und die Folgen sind Anarchie, Bürgerkrieg, Aufteilung der Schweiz (infolge fremden Eingreifens); oder sie handeln unter Anleitung Frankreichs, dessen Intervention sie mit Recht anrufen. Diese Lösung wäre die glücklichste, falls nicht wohlgesinnte Magistratspersonen und gutgesinnte Bürger, die auf das lebhafteste Interesse Frankreichs rechnen dürfen, sich mit den Untertanen zusammentun und diese veranlassen, durch Petitionen ihre Regierungen zu bestimmen, *die Revolution selber durchzuführen*.

Diesem Weg hat Ochs nicht nur theoretisch den Vorzug gegeben, sondern er hat ihn zur Durchführung der Basler Revolution selber eingeschlagen. Das „*se révolutionner soi-même*“ gehört zu seinen Lieblingsredewendungen.

Auf die weitem Ausführungen seines Schreibens soll nicht eingetreten werden. Es genügt hier festzustellen, daß er an ein schrittweises Vorgehen denkt. Dem Beispiel in der Waadt, in Basel und in den ennetbirgischen Vogteien werden, so glaubt er, die andern Kantone in Zeitabständen folgen. Provisorische kantonale Verfassungen ersetzen die bisherige Ordnung, bis die Mehrzahl der Kantone sich zu einer einheitlichen Verfassung zusammenschließt.

Das Vaterland soll gerettet werden. Jeder Reformversuch ist zu begrüßen, wenn er dazu führt, daß die Untertanenverhältnisse aufgehoben und eine einheitliche repräsentative Regierung geschaffen werden.

Die Beseitigung der Untertanenverhältnisse, die Erteilung politischer Gleichheit, das ist die Grundforderung im Ochsischen Programm. Die Form der Verfassung ist insofern von Bedeutung, als sie diese politische Gleichheit gewährleistet und die

einzelnen Republiken zu gemeinsamer Wirksamkeit zusammenschließt. In der Frage des Einheitsstaates war Ochs, im Gegensatz zu Usteri, nie doktrinär. Der Einheitsstaat war für ihn nie Selbstzweck und darum der Anpassung an die Bedürfnisse der Politik fähig<sup>61)</sup>.

Das Interesse Frankreichs an der Umschaffung wurde anerkannt, aber demgegenüber vorbehaltlos die Umschaffung aus eigener Kraft ausgesprochen. Nicht nur den Volksaufstand, sondern jegliche Gewaltanwendung lehnte Ochs ab. Also auch bewaffnete Intervention, die unabsehbare Wirren nach sich ziehen mußte. Es war für die Patrioten nicht nur eine Selbstverständlichkeit, daß die Integrität schweizerischen Bodens gewahrt werde, sondern sie erwarteten durch die freiwillige Umschaffung die Sicherung des territorialen Bestandes. Wer wollte Frankreich hindern, Basel mit bewaffneter Hand zu nehmen, wie das Gerücht immer wieder prophezeite? Wer die beiden Gegner Frankreich und Österreich davon abhalten, sich zu versöhnen und die Eidgenossenschaft unter sich zu teilen, wie Polen war aufgeteilt worden? Nur eine Atmosphäre des Vertrauens bannte diese Gefahren.

Die Altgesinnten hofften auf die Siege der Koalition und auf das Verschwinden der revolutionären Regierung in Frankreich. Die Beurteilung der Weltlage durch die Patrioten war hingegen die richtige. Das republikanische Frankreich war nicht umzubringen. Seit Bonapartes Siegen triumphierte das Direktorium über alle Feinde. Die Schweiz war Frankreichs Nachbar. Man mußte miteinander leben, auskommen.

<sup>61)</sup> 17. Januar 1798. Ochs an [Usteri]. Der Brief ist — ohne Adressat — abgedruckt: E. Schlumberger, a. a. O., S. 53. Darüber, daß der Brief an Usteri gerichtet ist, besteht für mich kein Zweifel. Offenbar ist er im Original nicht vorhanden: Guggenbühl erwähnt ihn nicht, sondern nur die „indirekte“ Antwort Ochs' an Usteri. Der Brief ist von ganz besonderer Wichtigkeit, weil Ochs in aller Deutlichkeit sein Programm entwickelt und unzweideutig dem Vorschlag vom Volksaufstand seinen positiven Vorschlag gegenüberstellt. Usteri durfte sich durch die Ausführlichkeit und durch das Vertrauen geehrt fühlen. Man kann also nicht mehr nur von „orakelhafter Andeutung“ reden, wie Guggenbühl a. a. O. I, 75. Daß der Brief an Usteri gerichtet sei, erkannte ich zu spät, als daß ich den Verfasser der gründlichen Usteri-Biographie hätte aufmerksam machen können. — Wieso kam Peter Vischer in den Besitz? Wahrscheinlich war er der Vermittler des Originals und fertigte für sich eine Kopie an.

Die führenden Patrioten waren also darin einig, daß die Umschaffung notwendig sei für die Fortexistenz der Schweiz. Die aristokratischen Regierungen waren unfähig, und sie besaßen nicht den ernstesten Willen, das Vertrauensverhältnis herzustellen. Aber Frankreich wünschte für alle Zukunft, der Ostgrenze sicher zu sein. Es war nicht verwunderlich, wenn es sich für die Intrigen jetzt, wo es freie Hand hatte, rächte. Man mußte zuvorkommen, das System ändern, d. h. die Revolutionierung durchführen und sich auf denselben Prinzipien einrichten, auf denen die Große Republik ruhte<sup>62</sup>).

Einig waren die Patrioten auch darin, daß die alten Regierungen von den Gleichheitsforderungen nichts wissen wollten. Sie besaßen die Macht. Folglich waren die Patrioten, wenn sie handeln wollten, auf den Schutz Frankreichs angewiesen. Der „Druck“ durfte aber von der Schutzmacht nicht zu Gebietsannexionen mißbraucht werden. Deshalb sollte die französische Regierung ein loyales Versprechen abgeben. Darüber hinaus war es wichtig, durch rasches Handeln und durch die Revolution „von oben“ bösen Absichten zuvorzukommen.

Eine regenerierte Schweiz fand in Frankreich den natürlichen und gesinnungsverwandten Bundesgenossen und eine Garantie für das Staatsgebiet. Die Ausdehnung der freiheitlichen Grundsätze auf alle Kantone, die Schaffung einer repräsentativen Demokratie und eines einheitlichen Staates führten der neuen Eidgenossenschaft Kräfte zu, welche die alte nicht besessen hatte. Sie wurde dadurch fähig, in selbständiger Politik und unter Durchführung zuverlässiger Neutralität ihre Existenz unter den europäischen Staaten auch in kritischen Zeiten zu behaupten. — Das waren die wichtigsten Gedankengänge der Schrittmacher der helvetischen Revolution.

Dem spätern Beobachter scheinen die Patrioten mit ihrer französischen Rückendeckung von Anfang an im Vorteil. Sie

---

<sup>62</sup>) Die radikale Solothurner Gruppe, Schwaller, Zeltner, Oberlin etc., will unblutige Revolution, glaubt aber „der nachhaltigen französischen Hilfe nicht entraten zu können“. Bei den Gemäßigten hingegen überwog die Furcht vor den unheilvollen Folgen einer französischen Intervention. Büchi a. a. O. I, 231.

waren es nicht. Denn eine Intervention Frankreichs war nicht ohne weiteres sicher. Laharpe mühte sich damit ab, das Interesse des Direktoriums zu gewinnen, und Laharpes Anstrengungen waren lange Zeit erfolglos. Dem entsprach auch die Haltung der schweizerischen Aristokraten. Sie ließen, wie die Offensive Usteris im Großen Rat zu Zürich erweist, die Patrioten nicht zu Worte kommen. Von der Amnestie schlossen die Berner mit sichtlichem Trotz gegen das Direktorium Laharpe aus. Der Glaube an den Sieg der Friedenspartei in Frankreich war groß. Die Drohungen des Direktoriums schreckten nur vorübergehend. Sobald der Druck nachließ, erhoben die Altgesinnten das Haupt. Die Patrioten fürchteten den Tag, da mit ihnen abgerechnet würde. Die Versuche Steigers, Österreich zur Hilfe heranzuziehen, waren kein Geheimnis.

Das Mißtrauen gegen die Oligarchen war berechtigt. Und es war in starkem Maße vorhanden. Als die Baselbieter ihre Artikel überreichten, erklärte der Orismüller Schäfer den städtischen Deputierten, die Drohung über die Einrückung irgend einer fremden Macht sei zwar weggelassen worden, aber die Herren sollten mündlich in Basel berichten, daß das Land sich zwar um keine Hilfe umgesehen habe, daß es aber nicht verlegen sei, solche zu finden, wenn die Stadt etwa zu einem solchen Mittel greife. Die Erhaltung der Independenz galt auch den entschiedensten Freunden Frankreichs in Basel als etwas Selbstverständliches. Aber sie trauten den Gegnern die Anrufung „fremder“ Hilfe zu. Damit brauchte nicht österreichische Hilfe gemeint zu sein. Denn die Regierungen hatten ihren Untertanen wiederholt eindrücklich gemacht, daß auch der Miteidgenosse ein Fremder und die mitverbündeten Kantone „Ausland“ seien<sup>63</sup>).

Das durch die Jahrhunderte hindurch ausgebildete Regierungssystem bewährte sich in dem Konflikt zwischen den Untertanen und den Regierungen. Die Patrioten handelten ungesetzlich, sobald sie von der Anschauung zur Tat übergehen wollten. In einer solchen Krisis entscheidet die Macht.

---

<sup>63</sup>) Alb. Burckhardt, Die Revolution zu Basel im Jahre 1798. Basler Jahrb. 1899, S. 44.

Umso fataler war es, daß, wie Usteri gestehen mußte, ein reifes und tatkräftiges Volk nicht vorhanden war. Die helvetische Revolution konnte nicht mit der spontanen und allgemeinen Erhebung der Bauernsamen rechnen, weil die Notlage nicht wie in Frankreich zur Verzweiflung trieb. Es war auch eine proletarische Revolution ausgeschlossen, denn es gab keine Großstädte, und damit fehlte auch „le peuple“, das Proletariat. Zudem waren die Belastungen in den einzelnen Landesteilen verschieden. Es kam in der ganzen Bewegung auf die Führer an. Diese ließen sich weniger von Menschenkenntnis als von Ideen leiten. Sie waren Ideologen, die das Gute wollten und an das Gute glaubten. Ihre Irrtümer waren mannigfaltig. In der Hauptsache hängen sie zusammen mit der Verkennung der menschlichen Natur. Sie waren nicht Realpolitiker, und wo sie es sein wollten, unterlagen sie oder wurden in Intrigen hineingezogen, in denen sie an ihrem Charakter Schaden litten. Sie zerrieben sich im Kampf mit den „Absurditäten“. „Das Resultat jedes davon getragenen Sieges ist eine Null“, so resümiert Usteri im Jahre 1802 in einem Brief an denselben Meyer von Schauensee, mit dem er es unternommen, die Regeneration der Schweiz ins Werk zu setzen.

Den Verlauf konnten die Patrioten nicht voraussehen. Sie konnten nicht wissen, daß der Druck Frankreichs ihrem Lande den Atem nehmen werde.

Tatsächlich war das Erlebnis der Revolution für sie gesättigt von Enttäuschungen. Was sie immer zu ihrer Entlastung vorbringen wollten: sie hatten den Umsturz gewollt und bei aller Betonung der schweizerischen Selbständigkeit den Druck Frankreichs begehrt. Ihre Absicht war: Umschaffung der Verfassung. Wenn nötig: gegen den Willen der Herrschenden. Also Staatsstreich, Revolution, Aufstand.

Da ist es verständlich, daß einer nach dem andern die Verantwortung für eine Katastrophe von sich wies und sie auf andere Schultern schob, — für eine Katastrophe, die ja auch keiner gewollt hatte. Die gleichen Leute, die im Winter 1797/98 Ochs zum Haupte ihrer Unternehmung hatten bestimmen wollen, zogen sich von ihm zurück. Sie konnten sich für ihre Person darauf berufen, daß der Ausgang nicht ihren

Absichten entspreche. Dabei vergaßen sie, daß Ochs genau dasselbe von sich behaupten konnte<sup>64</sup>).

Denn auch Ochs war, als er von den Reformern als Retter angerufen wurde, der Meinung, daß die Schweiz regeneriert werden und ihre Independenz bewahren, ja sogar befestigen könne.

Als er nach Paris kam, wurde er in politische Verhältnisse hineingestellt, die nicht durch ihn, sondern durch die fünf Potenzen und den General Bonaparte bestimmt wurden. Hier arbeitete zudem Laharpe unermüdlich, um die Intervention Frankreichs zugunsten der Waadtländer zu bewirken.

Die Lage, die bisher vom Standpunkt der Schweizer aus gezeichnet worden ist, muß deshalb auch vom Standpunkte des Direktoriums aus betrachtet werden. Endlich darf die Tätigkeit Laharpes nicht übersehen werden.

## 2. Die Franzosen.

Nicht nur über die Persönlichkeiten, denen die Verantwortlichkeit zugeschrieben wurde, sondern auch über die Gründe, welche zur Intervention führten, gingen die Meinungen auseinander. Was sich vor aller Augen vollzog, wurde ohne weiteres als planmäßige Absicht angesehen. Auf diese Weise ergab sich ein Bild, das zwar in seinen einfachen Linien sehr deutlich war, das aber von der ursprünglichen Entwicklung der Dinge entfernt blieb.

Auch der Standpunkt des Beobachters war bestimmend für das Urteil, das abgegeben wurde. Anders urteilt der französische Historiker, anders der schweizerische, der die Zerstörung eines glorreich gegründeten und durch Jahrhunderte hindurch erfolgreich verteidigten Bundes schmerzlich empfindet. Er sucht letzten Endes immer wieder die Verantwortung für den Untergang der alten Eidgenossenschaft in Verrat und Eroberungssucht, auch wenn sich die Erkenntnis ihm aufdrängen müßte, daß ein innerlich gesundes und kräf-

---

<sup>64</sup>) Bei aller Opposition hielt sich Frisching vor einem Abenteuer zurück. Von den Aarauer Patrioten wurde er aufgefordert, den Aufstand zu organisieren und gegen die Regierung zu marschieren. Er tat es nicht. A. Ph. von Segesser, Rechtsgesch. der Stadt und Rep. Luzern III, 372.